

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie.

Bericht Skareis: 730.834 Mitglieder. — Bauer und Renner über die politische Situation.

Wien, 9. Oktober. (Eigenbericht.) Auf dem Parteitag erstattete heute zunächst Skareis den Parteibericht. Die Partei zählt gegenwärtig 730.834 Mitglieder, um 44.000 mehr als im vorigen Jahr. Außerdem wurden mehr als 20.000 Jugendliche neu aufgenommen. Vom 15. Juli 1927 her genießen 18 vollqualifizierte Personen die Unterstützung der Partei.

Das Referat über Partei und Demokratie erstattete Otto Bauer. Er führte aus, daß Österreich von allen Industriestaaten Europas das kapitalärmste und darauf angewiesen ist, mit Hilfe ausländischen Kapitals seinen Produktionsapparat in Gang zu halten. „Die Bürgerparteien, die so viel über das Los der Wirtschaft jammern, halten es für angezeigt, durch Putschdrohungen, unsere Wirtschaft noch mehr zu erschüttern. Aber die Ereignisse der letzten Woche haben gezeigt, daß die Krise der Demokratie notwendig zu einer Krise der Volkswirtschaft führe. Die Bürgerlichen konnten unser Wachstum nicht aufhalten. Sie haben den 15. Juli in der verlogenen Weise gegen uns auszunutzen versucht. Jede Nachwahl hat aber bewiesen, daß wir weiterwachsen. Deshalb verurteilt die österreichische Bourgeoisie mit ihrem Gelde die Aufrüstung des Faschismus, die bürgerlichen Parteien riefen ihre jungen Leute den Faschisten zu. Die bürgerliche Regierung sorgte offen für die Anlegung von Waffenmagazinen für die Faschisten, die öffentliche Schießübungen abhalten konnten. Nun sind die Bürgerlichen erschrocken, daß sich die Faschisten gegen sie zu wenden beginnen und suchen einen Ausweg, die faschistischen Truppen gegen die Sozialdemokratie zu benutzen, ohne dem Kapitalismus damit zu schaden. Wenn die Bürgerlichen von der großen Volksbewegung der Heimwehr sprechen, so können wir ihnen einen Vorschlag machen: Wählen wir eine Konstituante! Aber es gibt in den Reihen der Bürgerparteien viele, die von Neuwahlen nichts wissen wollen und täglich drohen, gestützt auf Meer und Heimwehr einen Staatsstreich zu machen. Wenn die Regierung selbst den Rechtsboden des Landes zerstört, so befindet sich dieses Land im Zustande der Revolution. Jeder Arbeiter wird dann verstehen, daß wir uns nicht vergewaltigen lassen. Dann gibt es nur den Willen zum Siege, koste es, was wolle!“

In der Debatte sprachen zahlreiche Redner aus der Provinz, die die Verhältnisse in ihren Gegenden schilderten und erzählten, daß die Arbeiter nirgends eingeschüchert sind; selbst in Steiermark, wo der Terror der Alpine Montan herrscht, sind die Arbeiter standhaft.

Auch Dr. Renner kam zu Wort, der u. a. darauf hinwies, daß man nicht nur an eine Auseinandersetzung mit Waffen denke. Es kann sein, daß es dazu kommt und deshalb müssen wir zur Abwehr rüsten. Aber es muß nicht dazu kommen. Wir wollen den Bürgerlichen den Ausweg zeigen und deshalb fordern wir die Abrüstung. Vor jeder Waffensystemreform erheben wir erst die Forderung: Keine private Gewalt! Wenn die Bürgerparteien das ablehnen, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als weiterzurufen und bereit zu sein — bis unsere Macht auch den Ozeanen zu Bewußtsein kommt und auch sie zur Abrüstung bereit wären. Deshalb müssen wir Neuwahlen verlangen, unter dem Schlagwort Abrüstung.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Stahlhelm in Rheinland-Westfalen aufgelöst.

Berlin, 9. Oktober. Der preussische Minister des Innern, Grzesinski, hat unter dem 8. Oktober folgenden Erlass an die zuständigen Polizeipräsidenten gerichtet:

„Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 22. März 1921 in Verbindung mit der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 12. Februar 1926 wird mit Zustimmung der Reichsregierung der Stahlhelm und der Frontsoldaten G. V. mit allen seinen Einrichtungen und einschließlich seiner sämtlichen Unter- und Hilfsorganisationen, namentlich des „Jungstahlhelms“ und des Bundes Charlhorst, für den Bereich der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen aufgelöst. Die Beobachtungen offen keinen Zweifel, daß die Mitglieder dazu ausgebildet werden, eine Truppe zu schaffen, die in der Lage sein soll, als solche nach militärischen Gesichtspunkten kämpfend aufzutreten.“

Die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft für den Abbau des Mieterschutzes.

Die offiziellen Vertreter der Partei der Herren Rosche und Kafka verlangen den Abbau des Mieterschutzes binnen 3 Jahren.

Wir haben bereits darüber berichtet, daß sich auf der Manifestationsversammlung der Hausbesitzer, welche in Teplig-Schönau am Sonntag stattgefunden hat, sämtliche bürgerliche Parteien für den Abbau des Mieterschutzes ausgesprochen haben. Empörend aber ist es, daß

der Abbau des Mieterschutzes am schärfsten von den Rednern der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft gefordert

wurde, einer Partei, die sich vielfach, insbesondere in den größeren Städten als die Vertreterin von Angestellten und Beamten ausgiebt, in Wirklichkeit aber nichts anderes ist, als

die Beauftragte des Bank- und Industriekapitals.

In der angeführten Versammlung erschienen als die Vertreter der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft Herr Dr. Peters aus Prag und Herr Dr. Stradal aus Teplig. Ueber die Rede des Herrn Dr. Peters berichten die bürgerlichen Blätter folgendes:

Dr. Peters, Prag

für die Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft verweist darauf, daß seine Partei mit dem bisherigen Geschehen in dieser Frage nichts zu tun hatte, diese daher von ihr nicht so sehr vom politischen, als vom wirtschaftlichen Standpunkte behandelt werden kann. Volkswirtschaftliche Erwägungen führen dazu, daß der weitere Bestand des Mieterschutzes gerade unter den Mietern zu sozialen Ungerechtigkeiten führt. Klar ist freilich, daß von einem plötzlichen Abbau keine Rede sein kann. Durch das Zusammenwirken mit den Führern der Wirtschaft konnten wir feststellen, daß in wirtschaftlichen Kreisen eine Forderung des endgültigen Abbau von 3 bis 6 Jahren angenommen wird. Wir sind überzeugt, daß es volkswirtschaftlich tragbar wäre, hier die Mitte anzunehmen. Das Ihnen Herr Dr. Mareš vorgetragen hat, haben wir in mühseliger Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftlichen Verbände auf Grund reichen Materials ausgearbeitet. Wenn es möglich war, Ihnen dabei Konzeptionen zu machen, verdanken Sie das Ihrem Obmann. Redner verweist schließlich darauf, daß diese Frage zu wenig publizistisch in sachlicher, gewissermaßen wissenschaftlicher Form popularisiert wurde.

Herr Dr. Peters erklärt also offiziell für die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, daß

ein Abbau des Mieterschutzes in drei bis sechs Jahren unbedingt notwendig

ist. Er rühmt sich sogar noch dessen, daß das Referat des Sekretärs der Hausbesitzerorganisation, des Herrn Dr. Mareš, von ihm nahestehenden Kreisen ausgearbeitet worden ist.

Auf Grund des Materials also, das die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft zur Verfügung stellte, ist Herr Dr. Mareš zu sei-

nen in der Versammlung vorgebrachten Forderungen der Valorisierung der Mietzinse binnen drei Jahren gelangt.

Noch schärfer setzte sich für den Abbau des Mieterschutzes Herr Dr. Stradal ein, über dessen Auftreten die bürgerlichen Blätter folgendes erzählten:

Dr. Stradal,

Teplig, der für die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft spricht, gerät vorerst in eine heftige Kontroverse mit dem Vorsitzenden, als er über dessen parteipolitische Zugehörigkeit spricht. Er erklärt dann, die Kreisleitung der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft für den Wahlkreis Vauu steht auf dem Standpunkte, daß der Abbau des Mieterschutzes binnen 3 Jahren durchgeführt sein müsse. Warum wir hier uns besonders energisch für den Hausbesitz einsetzen, dafür ist entscheidend, daß wir hier den schwächsten Punkt der tschechischen Forderung haben.

Herr Dr. Stradal verlangt also

bedingungslos den Abbau des Mieterschutzes in drei Jahren

und behauptet, daß die Deutschen daran ein nationales Interesse hätten. Das gerade Gegenteil ist der Fall! Man denke nur an die deutschen Minderheiten im tschechischen Gebiet.

Die ersten Opfer des Abbaus des Mieterschutzes in den tschechischen Städten werden die deutschen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden, die deutschen Mieter im allgemeinen sein. Für die deutschen Minderheiten bedeutet also der Abbau des Mieterschutzes eine nationale Katastrophe.

Ähnlich wie die deutschen Aktivisten durch die Verwaltungsreform die deutschen Gemeinden an den Rand des Abgrundes gebracht haben, so

will nun die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft durch ihren Neoaktivismus die deutschen Minderheiten umbringen.

Jene Beamten und Angestellte, die noch am 2. Dezember 1928 die Partei der Herren Rosche und Kafka gewählt haben, müssen sich ernstlich die Frage vorlegen, ob sie das noch einmal am 27. Oktober 1929 tun können. Der Abbau des Mieterschutzes bedeutet auch für den Mittelstand, auf dessen Stimmen die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft reflektiert, eine schwere Katastrophe und eine Gefährdung seiner Existenz.

Wenn die tausende ehemaliger Wähler der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft daran denken, daß ihnen die Gefahr droht, binnen drei Jahren auf die Strafe zu fliegen, dann wird keiner von ihnen den Herren Rosche und Kafka seine Stimme geben. Sie werden diejenige Partei wählen, welche rücksichtslos für die Interessen der Mieter eintritt und das ist die Sozialdemokratie.

Stadtverordneten für einen Antrag stimmte, daß der deutschen Regierung aus Anlaß des Todes Dr. Stresemanns eine Beileidskundgebung erlaubt werden soll.

Ueberdies wurden zum Ausschluß zahlreiche kommunistische Bürgermeister und Stadträte von Pariser Vorstädten wegen „opportunistischer Tendenzen“ vorgeschlagen.

In der kommunistischen Partei und hauptsächlich unter den führenden Persönlichkeiten nimmt die Unzufriedenheit stark zu.

Neuer Agent in Rumänien.

Bukarest, 9. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Rat beim Kassationshof Sarateanu ist mit 445 Stimmen anstelle des verstorbenen Buzdugan zum Mitglied des Regenschafterates gewählt worden.

Zusammenbruch einer Wirtschaftspolitik.

„Unsere zollpolitischen Maßnahmen haben vollständig versagt; nicht nur die Einfuhrzölle, sondern auch die Zölle haben einfach ihren Dienst versagt.“
Vizepräsident Slavik des tschechischen Landeskulturates.

„Was nützt uns alles Regieren, wenn die Landwirtschaft dabei zugrunde geht?“
Abgeordneter Böhm

Man vernimmt in diesen von politischen Waffentönen erfüllten Tagen, daß die Bürgerkoalition die parlamentarischen Neuwahlen als eine Art „Stahlbad“ betrachtet; und die feste Absicht hat, auch nach den Wahlen beisammen zu bleiben. Dem steht nur eine Kleinigkeit im Wege. Die Kleinigkeit nämlich, daß die Bürgerblockmehrheit mit ihrem alten Programm nach allen Seiten hin Schiffbruch erlitten hat und kein neues besitzt. Daß sie sich staatspolitisch als impotent erwiesen hat, daß sie nationalpolitisch um keinen Spaten Schritt vorwärts kam, solche „Kleinigkeiten“ könnten ja die Wähler noch hingehen lassen. Die Aufrechterhaltung der kostspieligen Militärverträge, die Vermehrung der Rüstungskosten, die Schändung der Demokratie durch die Verwaltungsreform, das sind halt kleine Schönheitsfehler in ihrem Arbeitszeugnis, die der heilige Wenzel sicher mit einem Generalablaß anstiften wird. Viel bedenklicher steht es dagegen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, wo nunmehr die Früchte der Bürgerblock-Gesetzgebung austreten. Auch da hat sich die Ignoranz der Staatspöcher so lange über die Tatsachen hinweggesetzt, bis sie darüber gestolpert ist. Der finanzielle Zusammenbruch der Gemeinden, der zunehmende Verbrauchssteuerdruck, die Existenznöte der Exportindustrie, die gedrückte Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerungsschichten — all das hätte die Bürgerparteien noch nicht aus dem süßen Nichtstun, unterbrochen durch Selbstweiherrückung, aufgeschreckt. Was bewog sie plötzlich, den Anödelshmaus zu unterbrechen und die Stränge aller verfügbaren Armoseloden zu ziehen? Die Tatsache, daß sich die Schattenseiten ihrer Wirtschaftspolitik nun ihren treuesten Anhängern zuwenden, ist es gewesen.

So wird jetzt die Leffentlichkeit durch schrille Siffern und laute Selbstanklagen der Agrarzöllner überrascht. Herr Böhm verkündet die Zwecklosigkeit des Regierens und ein hoher tschechischer Landeskulturatsfunktionär hat es rund heraus, daß alle zollpolitischen Maßnahmen des Bürgerblocks versagt haben. Gegen eine Regierung, in der die agrarischen Parteien eine in Europa einzige dastehende Machtstufe besitzen, wird aus den eigenen Reihen der Vorwurf man gelunder Obforae selbst in landwirtschaftlichen Fragen erhoben. Freilich, es wäre demagogisch, die Regierung für Erscheinungen verantwortlich zu machen, die in weltwirtschaftlichen Vorgängen wurzeln. Keine europäische Regierung kann bestimmen, wie sich auf den Weltbörsen die Getreidepreise gestalten sollen. Die schwere Schuld unserer Bürgerblockparteien liegt darin, daß sie alles auf die Karte einer überlebten Hochschulpolitik gesetzt, mit ihrer Steuer und Militärpolitik die innere Kaufkraft geschwächt haben. Ihre Wirtschaftspolitik war nicht auf das Wohl der breiten Massen eingestellt, sondern auf die Interessen einer kleinen Minderheit zugeschnitten.

In seiner Rede, die der tschechische Vizepräsident Slavik dieser Tage im böhmischen Landeskulturatsrat gehalten hat, ist zum erstenmal das totale Fiasko der agrarischen Wirtschaftspolitik öffentlich einbekannt worden. „Wir haben — so führte er aus — zwar ein Ministerium für Volkswirtschaftspflegung, wir haben Wucherämter, aber das ist alles. Ueber ihre Tätigkeit wissen und hören wir nicht.“ Ja, wer hat denn das Ernähr-

Slavas Wahlparolen.

Die slowakische Volkspartei gibt anlässlich des Austrittes aus der Koalition ein Kommuniquée heraus, in dem es heißt, daß die Partei unerschütterlich auf der Kandidatur Lukas verharre und ihre Minister deshalb auch die Demission gegeben hätten. Die Staatsstreue der Partei sei seitens der übrigen Koalitionsparteien nicht honoriert worden; man habe die Partei auch weiterhin als minderwertiges Element behandelt und alle ihre Forderungen seien von diesem Gesichtspunkt behandelt worden. Die Partei sei sich der Wichtigkeit ihres Schrittes bewußt. Sie müsse sich jetzt mit den Minderheiten, mit den Deutschen, Ungarn und allen ehrlich denkenden Tschechen zum Sturz der agrarischen Großgrundbesitzer zusammenschließen. Die Partei gebe in die Wahlen mit der Parole: Gegen den Prager Zentralismus, für die Autonomie der Slowakei, gegen die agrarische Unerschütterlichkeit, gegen die Diktaturgefühle Srameks!

Die Regierungsmassnahmen auf dem Gebiet der Landwirtschaft, wer hat die Tätigkeit der Buchhalter lahmgelegt? Die übliche Bürgerblockmehrheit und dies besonders mit Rücksicht auf die Gewerbetreibenden, mit denen die Agrarier so dick befreundet sind.

Slavik sagte seine Anklagen mit den Worten zusammen: „Wir sind in unserer Handelspolitik veraltet, wir sind in der Organisation des inneren Marktes ungenügend ausgerüstet und wir sind nachlässig in der Durchführung der Maßnahmen gegen die Teuerung.“ Das ist die vollinhaltliche Bestätigung dessen, was wir seit Jahr und Tag gegen die Wirtschaftspolitik des Bürgerblocks ins Treffen führten. Man vergleiche mit diesen Bekenntnissen das hochmütige Gerede unserer Aktivisten, mit dem sie gegen die Arbeiterklasse zu Felde gezogen sind. Herr Spina ist mit dem Schlagel von Versammlung zu Versammlung gewandert, daß die aktivistische Politik im wirtschaftlichen Interesse der Bauernschaft liege. Nicht einmal diese Entschuldigung ist dem Aktivismus für seine Untaten geblieben. Seine Wirtschaftspolitik hat auch die Kleinbäuerliche Mehrheit des Landvolkes empfindlich geschädigt.

Man darf die Bedeutung solcher Bekenntnisse — wie der Vizepräsident Slavik eines abgelegt hat — nicht überschätzen. Die offiziellen Führer der Agrarparteien stellen, unbeschert und unbeschertbar wie sie sind, schon wieder neue Forderungen zusammen und rüsten damit zu einem frisch-fröhlichen Lizitieren. Niemand wird das Ernährungsministerium zu einer lebendigen Institution machen, niemand wird die Buchhalter aus ihrem Schlafe wecken, so lange Gewerbetreibende in der Regierung sind. Nur der Wille der arbeitenden Wähler in Stadt und Land kann den Trümmerhaufen der agrarischen Wirtschaftspolitik hinwegfegen!

Bauern wählt Kafka! Städter wählt B. d. L.!

oder

„Ein unpolitisches Wahlabkommen“

„Es dürfte dem Herrlichen Blatte übrigens auch bekannt sein, daß der Bund der Landwirte mit der Rosche-Kassa-Gruppe kein politisches Bündnis geschlossen, sondern nur ein Wahlabkommen getroffen hat, bei dem sich beide Parteien die politische Handlungsfreiheit vorbehalten.“

Ob aus christlicher Nächstenliebe oder um der schönen Augen des Herrn Kafka willen — jedenfalls aus den uneigennützigsten, aus rein idealen Gründen hat der Bund der Landwirte die mandatslusterne „Köpfe“ der A. W. Gemeinschaft auf seine Listen genommen und sich der Gefahr ausgesetzt, den deutschen Bauern, die seit Jahrzehnten mit antisemitischen Phrasen gefüttert werden und Juden höchstens in den leitenden Geschäftsfunktionen ihrer Genossenschaften zu sehen gewohnt sind, nun den Herrn Kafka als Kandidaten zu empfehlen. Edelmütig wie die Führer des Bundes der Landwirte einmal sind, ließen sie ungeachtet der eigenen Not an Mandaten auf ihren grünen Listen Raum für zwei Herren, die sonst nicht für Dalm und Uhr zu schwärmen pflegten. Und nach den Wahlen, so wollen sie den Wählern einreden, werden die Freunde gerührt scheiden, die einen zum Bürgerblock, die andern zur Linken abzuweichen. Und dann soll noch jemand sagen, daß der Bund der Landwirte eine herrschsüchtige Partei sei; kann man mehr tun, als der künftigen Opposition, als den Gegnern zu Parlamentsmandaten zu verhelfen?

Landbündler und Christlichsoziale, die mit ehrlichem Staunen sahen, daß ihnen überhaupt noch Wähler verblieben sind, worüber man sich ja wirklich wundern muß, taxieren die große Zahl der Wähler nun zu sehr nach jenen Schäfflein, die nichts irremachen kann. Sie überboten einander in schmeichelehaften Anpreisungen, die den Wählern als dummen Wimmel erscheinen lassen. Ab sich aber von den 120.000, die 1928 für Rosche und Kafka gestimmt haben, noch welche finden, die das glauben, was ihnen die beiden Versicherungspartner einreden, das ist doch mehr als fraglich.

Wozu, wenn die gemeinsamen Kandidaten Feinde bleiben, wozu haben sie dann einen gemeinsamen Wahlausruf herausgegeben?

Einen Ausruf, in dem sie versichern, sie hätten sich zusammengeschlossen, weil sie in gewissen Kardinalfragen einig seien! Einen Ausruf, in dem Rosche und Kafka wider besseres Wissen dem Landbund bescheinigen, daß er die nationale Selbstverwaltung anstrebe, die er doch schädlich verschachtet hat! Wenn man nach den Wahlen wieder Krieg machen will, darf man doch nicht vor den Wahlen versichern, man sei einer Meinung. Wenn man seine Selbstständigkeit wahrte, müßte dies doch auch in den Wahlausrufen zum Ausdruck kommen. Doch man hat einen sehr guten Zengen für die Uneigennützigkeit des Bundes der Landwirte. Wer könnte besser als die Gewerbetreibenden, die seinerzeit mit den Agrariern gemeinsame Listen und Sache machte, über die Geschäftsgebräuche bei Spina Auskunft geben. Nur, man höre, was auf dem deutschnationalen Parteitag erzählt wurde:

„Die deutsche Gewerbetreibende fühlte sich beim Bund der Landwirte nicht mehr wohl, und da sie allein nicht in die Wahlen gehen kann, weil sie in keinem einzigen Kreis die für ein Mandat nötige Stimmengahl zusammenbringt, streifte sie ihre Führer aus: Beim Bund der Landwirte wäre sie angelommen, wenn sie seine Bedingungen angenommen hätte. Aber diese waren zu drückend, da starke politische Bindungen für die kommende politische Arbeit verlangt wurden.“

Der Bund der Landwirte übte einen gewissen Druck durch die Drohung aus, die Gewerbetreibenden auf dem Lande durch Boykott zum Anschlusse an den Bund zu zwingen, wenn die Gewerbetreibende nicht mit ihm gehe.

Gleichzeitig drohte der Bund der ungarischen Nationalpartei, in die Slowakei einzuziehen und die deutschen Anhänger aus dem Zipsergebiet wegzunehmen zu versuchen, wenn die ungarische Nationalpartei sich ihm nicht anpasse.“

Und derselbe Bund der Landwirte, der die Gewerbetreibende, deren er doch sicherer sein kann, weil sie seit vier Jahren mit ihm durch Dick und Dünn geht, zu unerträglichen Bindungen pressen wollte, soll den Herrn Kafka und Rosche keinerlei Bindung gestellt haben? Und man höre, was die ehemals mit Rosche verbündete „Sudetendeutsche Tageszeitung“ über das Geschäft sagt:

„Aber das große Geheimnis ist das, daß Kafka und Rosche sich fürchten, selbständig in die Wahlen zu gehen, unbedingt aber wenigstens für ihre eigene Person wieder Parlamentslust um ihre Nase wehen lassen wollen, weshalb sie unter dem lösenden Wort vom Zusammenschluß eine Zwangsangelegenheit eingehen, die, wenn man die Maske vom Gesichte reißt, nicht anders als mit dem Worte Mandatsversicherung bezeichnet werden muß.“

Ein anderes Blatt, das jahrelang das Sprachrohr Rosches war und die Motive seiner Politik doch kennen muß, sein Stammblatt, die „Rumburger Zeitung“ schreibt:

„Kuffällig ist der Anschluß der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, weil damit wieder eine deutsche Partei offen in das Regierungslager einzwängt. Man hatte diesen Schritt noch nicht so schnell erwartet, erst bei einer Gelegenheit, die eine bessere Begründung gewesen wäre. Die verhältnismäßig kurze politische Vergangenheit Dr. Rosches war durchaus nicht regierungsfreundlich aufgemacht und wenn sie nach seinem Austritte aus der Nationalpartei den unverschämten Aktivitäten sehen ließ, so konnte man doch annehmen, daß sich Dr. Rosche der Regierung nicht sehr billig oder wohl gar bedingungslos ergeben würde.“

Hat er doch sonst gegen die bisherige Politik der deutschen Regierungslager Deutschen ganz eindeutig Stellung genommen und sich scharf genug ausgesprochen, daß wir Deutschen keine Ursache haben, zufrieden zu sein. Und nun marschiert er mit Sang und Klang in das

Christlichsoziale Kandidaturen.

Die „Deutsche Presse“ veröffentlicht die Kandidaturen der Christlichsozialen und der Gewerbetreibenden, die, wie bereits berichtet, gemeinsame Listen aufstellen. Es kandidieren fürs Abgeordnetenhaus im Wahlkreis Prag A: Ripka, Prag B: Dr. Jahn, Pardubitz: Kraus, Königgrätz: Dehlinger, Jungbunzlau: Vobek, Leipa: Krumpke und Greiß, Laun: Edert und Dr. Ritter, Karlsbad: Mayr-Hartling und Grimm, Bissen: Schornagl, Budweis: Peter-Silla, Jglau: Jozisek, Brünn: Frischer, Olzäh: Kunz und Bartel, Ostrau: Dr. Buschla, Gradisch: Tief. In den Senat: Prag: Kafka, Königgrätz: Dr. Wehinger, Jungbunzlau: Böhr, Laun: Feiertail und Tschapel, Bissen: Hagenreiner, Brünn: Tsch, Ostrau: Scholz und Stolberg.

Regierungslager, denn kein Anschluß an den Landbund ist doch für nichts anderes zu halten.

Der Anschluß der A. W. G. hat allerdings etwas Logisches an sich.

Die Partei ist bekanntlich die Partei der Fabrikanten.

Vor Jahr und Tag haben sich die deutschen Fabrikanten mit ihren tschechischen Standesgenossen verbunden und es wäre beinahe widersinnig, wenn sich die Partei in Gegensatz zu ihren Mitgliedern stellen würde. Sie folgt durch ihren Anschluß an die Regierungspolitik eigentlich nur einem inneren Zwange, indem sie das Volk als Ganzes den Interessen des Standes ihrer Mitglieder unterordnet, wie es der Bund der Landwirte macht. Der Gedanke liegt nicht fern, daß die seinerzeitige Loslösung Dr. Rosches von der Nationalpartei schon von dem Gedanken eingeleitet war, die Industrie so zu vertreten, auch im Parlamente, wie die landwirtschaftlichen Interessen vom Bunde der Landwirte vertreten werden. Allerdings haben hier die kleinen Landwirte von der Politik ihrer Standespartei wenig oder gar keinen Nutzen und bei der Standespartei der Industrie wird es kaum anders sein.“

Noch sicherer als das deutsche Lager, rechnet das tschechische mit dem Gewinn der A. W. Gemeinschaft für den Bürgerblock. Der „Venkov“, also das Blatt des Ministerpräsidenten, hat Dienstag einen zu erhoffenden Mandatsgewinn der deutschen Regierungsparteien errechnet, indem es einfach die 120.000 A. W. Stimmen dem Bund der Landwirte zuwählte und erklärte, daß Rosche und Kafka den aktivistischen Block verstärken würden.

Es kann keinen Zweifel geben und es gibt für einen politisch denkenden Wähler keinen, daß die Rosche-Kassa-Gemeinschaft, um ihre Mandate zu sichern, ihre „oppositionelle“ Gesinnung verkauft und sich dem Bund der Landwirte für die neuen Bürgerblockpläne verschrieben hat. Sie erzählt nichts von Unabständigkeit und freiem Wahlbündnis, wo sie einfach kapituliert hat. Und sie ändere, den Tatsachen entprechend ihre Firma:

A. W. Gemeinschaft

heißt:

Mit Ach und Weh Mandatsversicherung-A.-G.

Ein brasilianisches Mietshaus.

Roman von Luiz Joazebo. 37

Alle bis auf die Kinder suchten Schutz unter ihrem eigenen Dach. Die Kleinen aber hüpfen im Hof herum, liefen unter den Wasserfall, der von der Dachrinne herabströmte und legten sich manchmal auf die Erde, um Schwimmen zu spielen.

Als Joao Romao in den Laden zurückkehrte, weil auch er vorm Regen floh, reichte ihm ein Angestellter eine Karte von Miranda, der ihn für den Abend zu einer Tasse Tee einlud. Zuerst war der Budiker erfreut und fühlte sich durch die Einladung geschmeichelt, denn es war die erste Einladung, die er in seinem ganzen Leben bekam, aber nach einigem Überlegen brannte sein Horn nur noch heftiger als zuvor. Diese Einladung war als List gedacht, als Hohn, der ihn reizen und herausfordern sollte.

„Warum ladet mich der alte Windbeutel ein, wo er doch ganz genau weiß, daß ich nicht komme? Warum, wenn nicht, um den Unterschied zwischen uns zu betonen? Zum Teufel mit dem alten Miranda und seinen Titeln und Gesellschaften. Ich brauche nichts von ihm. Ich kann ohne solche Popanz auskommen. Wenn ich Gesellschaften haben wollte, würde ich selber welche geben.“

Trotz dieser Versicherungen fing er an, sich vorzustellen, wie es wäre, wenn er die geeigneten Sachen hätte und die Einladung annähme. Er sah sich in einem gutstehenden Tuchanzug mit einer schweren goldenen Kette über der Weste und einer Diamantnadel im Schlips. Wenn er den Salon betrat, würde er nach allen Seiten hin lächeln, ein paar Worte an den rechten und eine Bemerkung an jenen, nicht zu viel sprechen, aber zu jedermann freundlich sein. Er stellte

sich vor, wie alle sich ins Ohr flüsternten, was er für ein reicher und unabhängiger Mann sei, und malte sich im Geist aus, wie sie ihn anstarrten, Gelegenheiten suchten, mit ihm zu sprechen, und wie lebenswürdig sich die Damen, besonders die Mütter heiratsfähiger Töchter, ihm gegenüber benehmen würden.

Mit diesen Gedanken im Kopf behandelte er die Kunden schroff und unhöflich, fuhr Bertoleza ohne allen Grund rauh an, und als er schließlich Marcianna in einem Winkel des Ladens erblickte, wohin sie von zwei Regnern geführt worden war, die Mitleid mit ihrem traurigen Zustand draußen im Regen hatten, verlor er die Beherrschung vollständig.

„Na so was! Warum bringt ihr denn zum Teufel diese alte Idiotin hierher? Ich freue mich, wenn die Leute mit ihrem Eigentum wohlhabend sind, aber nicht mit meinem. Ich hab' hier doch kein Asyl für obdachlose Vagabunden.“ Dann wandte er sich an einen Schuhmann, der hereingekommen war, um sich mit einem Glas Paraty gegen die Wirkung der Rasse zu schützen und bemerkte: „Hör' mal, mein Freund, die alte Landstreichlerin da hat keine Weisheit, und wenn ich zumache, kann ich sie doch nicht im Laden lassen.“

Der Polizist ging fort, und eine Stunde später kam ein anderer und führte Marcianna auf die Wache; sie leistete nicht den geringsten Widerstand, sondern murmelte nach wie vor ihre unverständlichen Laute vor sich hin. Ein Wagen von der städtischen Lumpensammlung lud ihre Sachen auf, denn einer Vorschrift gemäß mußten die Straßen gereinigt werden. Und der einzige Mensch, der wirklich ergriffen war von der Tragödie, war die Hege.

Inzwischen hatte der Regen vollständig aufgehört, und die Sonne kam, ehe sie unterging, noch einmal zum Vorschein. Die Vögel nahmen ihren Gesang in den Bäumen wieder auf, und die Siedlung rüstete sich, um die verlorene Zeit

wieder einzuholen. Oben im Hause des Barons nahm das Fest immer größere Ausdehnung an, und ab und zu wurde eine leere Flasche in den Hof hinuntergeworfen, was allgemeinen Widerspruch und Geschrei hervorrief.

Der Vollmond stand am Himmel, und die Nacht war nach dem Regen herrlich klar und frisch. Die Samba begann früher und war wilder als sonst, wahrscheinlich von der Fröhlichkeit in Mirandas Haus angesteckt. Rita Bahiana ließ sich von der Begeisterung gleichsam fortreißen, sie war inspiriert, göttlich. Noch nie hatte sie mit soviel Grazie und Hingebung getanzt.

Sie sang auch. Und jeder Bers, der ihren roten Lippen entströmte, atmete Liebe, sie war wie eine Taube, die mit ihrem Tauberich girt. Von Leidenschaft überwältigt, ließ Firmo seine Gitarre schluchzen und wehklagen. Das Instrument und Firmo zollten beide der Mulattin aus Bahia ihren Tribut stürmischer Ergebenheit.

Feronymo konnte sich nicht mehr zurückhalten, und als die Tänzerin leuchtend und erschöpft neben ihm hinsank, murmelte er ihr mit einer vor Erregung heiseren Stimme ins Ohr: „Geliebte, wenn du mein werden wolltest, würde ich meine Seele dem Teufel verschreiben.“

Firmo hörte die Bemerkung nicht, aber er deutete den Gesichtsausdruck, der sie begleitete und sah den Steinbrecher grimmig an.

Der heitere Abend jedoch verlief weiter ungestört. Das Doree gefellte sich dazu, und ebenso Rönäm mit einer Freundin, die den Tag bei ihr verbracht hatte. Alle klatschten sie im Takt der Musik in die Hände und applaudierten wild nach jedem Tanz.

ihren Rippen berührte, um ihm etwas zu sagen, was die anderen nicht hören sollten, fuhr Firmo dazwischen, startete seinen Rivalen an und maß ihn mit herausforderndem Blick von Kopf bis zu Fuß.

Auch der Portugiese erhob sich und erwiderte den Blick. Die Musik brach ab, die Gesellschaft verharre in tiefem Schweigen, und niemand rührte sich von der Stelle. Der Mond schien hell auf die beiden Männer, die sich haßerfüllt anstarrten.

Feronymo war groß und breit, gebaut wie ein Bulle und mit einem herkulischen Nacken; eine Hüne war er, seine Gelenke waren aus Stahl, und mit seiner Faust konnte er einen Ochsen niederschlagen. Der andere war eine Spur kleiner, biegsam und schläng und behende wie eine Kobra. Bru'ale Kraft stand hier gegen nervöse Energie — und keiner von beiden hatte Angst.

„Sehen, sehen!“

„Keine Brügelerei.“

„Weiter tanzen.“

Biedade stürzte vor, um ihren Mann fortzuziehen, aber der Steinbrecher stieß sie beiseite, ohne die Augen von dem Mulatten abzuwenden.

„Mal sehen, was der Schafskopf von mir will“, murmelte er.

„Ich werd' dich schon lehren, du hundsämlicher Einwanderer“, erwiderte Firmo, hüpfte erst auf einem Fuß und dann auf dem anderen herum, sah seinen Gegner fest an und ballte die Fäuste, als wollte er mit dem großen Kerl ringen.

Feronymo, wütend über diesen Schimpf, machte einen Schritt vorwärts und hob den Arm zu einem tödlichen Schlag. Firmo jedoch warf sich plötzlich auf den Rücken, stützte sich auf die Arme und schleuderte seinen rechten Fuß hoch, so daß der wilde Schlag in die Luft ging und der Steinbrecher einen unerwarteten Stoß in den Magen erhielt.

(Fortsetzung folgt.)

Die gemeinsame gewerkschaftliche Landeszentrale zu den Wahlen in die Nationalversammlung.

Arbeiter, Angestellte, Männer und Frauen, Gewerkschaftsmitglieder!

Das Parlament wurde wegen Zwistigkeiten in der Regierungsmehrheit vorzeitig aufgelöst. Die Neuwahlen für die Abgeordnetenkammer und für den Senat finden am 27. Oktober statt. Unfähig dazu, die entstandenen Gegensätzlichkeiten innerhalb des bürgerlichen, agrarisch-kerikalen Regierungsblocks auszutragen, blieb der Regierung kein anderer Ausweg übrig, als Neuwahlen auszuschreiben. Doch nicht der lächerliche Streit um einen Ministerposten, sondern grundsätzliche Unstimmigkeiten und scharfe Interessengegensätze innerhalb der agrarisch-kerikalen Regierungskoalition haben zum vorzeitigen Ende des im Jahre 1925 gewählten Parlamentes geführt. Die tschechisch-deutsche bürgerliche Regierungskoalition war unfähig, die großen staatlichen Probleme zu lösen. Sie will jedoch an der Macht bleiben, wozu ihr die Neuwahlen verhelfen sollen. Darüber haben nun die politischen Parteien zu entscheiden.

Die Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften wird bestimmt durch die politischen Parteien.

Den Gewerkschaften aber können Wahlergebnisse nicht gleichgültig sein. Deshalb müssen sie mit ihrem ganzen Gewicht auf den Ausgang der Wahlen Einfluss nehmen.

Deutlich genug haben die letzten vier Jahre gezeigt, daß es sich bei Parlamentswahlen um wichtige wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen handelt. Die antisozial eingestellte Regierungsmehrheit war vor allem darauf bedacht, in den beiden Kammern der Nationalversammlung die bestehenden Klassen zu befriedigen. Die Einführung der Getreidezölle lag lediglich im Interesse des Großbauernstandes. Auf die Bedürfnisse der Bescheidenen war zugeschnitten die Steuerreform. Der Mieterschutz ist verschlechtert worden. Gegen die Sozialversicherung wurde von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit ein scharfer Kampf geführt.

Gingegen blieben längst vorbereitete Gesetzesvorlagen unerledigt, bei denen es sich um soziale oder wirtschaftliche Interessen der Arbeiter, der Angestellten oder der Beamten handelt. So war es im Abgeordnetenhause nicht einmal möglich, den verhältnismäßig geringfügigen Gehaltentwurf über den

Schutz der Arbeiter während der Krankheit zu beschließen. Noch immer besteht der § 82 der Gewerbeordnung wonach der Arbeiter nach vierwöchentlicher Krankheit kranklos entlassen werden kann. Unerledigt ist geblieben der

Gehaltentwurf über die Arbeitsgerichte, obwohl bereits seit Jahren darüber verhandelt wird. Vergeblich haben die Gewerkschaften verlangt, daß endlich das Gesetz über den

Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung

verbessert wird. Wiederholt hat die Bürgerblockregierung die Erledigung des dazu eingebrachten Gehaltentwurfes angefündigt, sie hat aber immer wieder ihr Versprechen gebrochen. Ueberaus eilig aber hatte es dagegen die bürgerliche Parlamentsmehrheit damit, die reaktionäre Vorlage zur

Sozialversicherung

zum Schanden von Millionen Arbeitern zu beraten. Ihr ging es darum, die Sozialversicherung zu verschlechtern, die Organisation der Krankenversicherung zu zerplündern und die Arbeiter in den Krankenversicherungsanstalten um jahrzehntelang bestandene Rechte zu bringen. Stark ist ferner der unsoziale Geist des bürgerlichen Regierungsblocks bei der schädigen gesetzlichen Altersunterstützung hervorgetreten, durch die zehntausende armer Menschen mit einem Bettel abgepeist werden.

Der vergangene vierjährige Parlamentsabschnitt weist keine Arbeiten auf, die eine Förderung gemeinsamer, wirtschaftlicher und sozialer Interessen für die Allgemeinheit bedeuten würden.

Alle erledigten großen Gesetzesvorlagen der letzten Jahre, so vor allem die

Steuerreform, tragen den Stempel des kapitalistischen Geistes, von dem die Regierungsmehrheit befeelt war. Diese Mehrheit verstand es aber nicht einmal, obwohl ihr Kern die tschechischen und deutschen Agrarier bildeten, die

dringendsten landwirtschaftlichen Fragen zu lösen, Fragen, denen auch die Vertreter der Arbeiter und Angestellten als Verbraucher Interesse entgegenbringen. Sie mißachtete bei ihrer Agrarpolitik die Bedürfnisse der Gesamtheit. Auf die landwirtschaftlichen Arbeiter nahm die Gesetzgebung keinerlei Rücksicht. Ebenso schroff stellte sich die Regierung den Forderungen der Verbraucher entgegen.

Ihre unsinnige Agrarpolitik hat der Landwirtschaft nichts genützt, sie hat aber den übrigen Zweigen des Wirtschaftslebens der Industrie und dem Handel schweren Schaden zugefügt.

Im Dienste großagrarischer und kapitalistischer Bedürfnisse hat die deutsch-tschechische Regierungskoalition die beiden Kammern des

Parlamentes zu bloßen Abstimmungsmaschinen degradiert. Ihre winzige Mehrheit mißbrauchend, ließ sie Vorlagen erledigen, die sie hinter den Kulissen ausgepackt hatte. Abgeordnetenkammer und Senat standen so unter dem Diktat der Koalitionsparteien. Den Interessen der Mehrheitsparteien wurden rücksichtslos die Interessen des Volkes und des Staates untergeordnet. Ein solcher Zustand muß für die Zukunft unmöglich gemacht werden, damit die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung im Parlament endlich Beachtung finden.

Die in der gemeinsamen Landeszentrale vereinigten freien Gewerkschaften der Tschechoslowakei fordern vom Parlament, das am 27. Oktober gewählt wird, die

Erhöhung des sozialen Schutzes, namentlich die Verbesserung der Sozialversicherung. Sie fordern die Ausgestaltung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse, die Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge und die Einführung der Arbeitsgerichte. Die freien Gewerkschaften bestehen darauf, daß endlich die Arbeitslosenfürsorge ordentlich geregelt wird. Sie verlangen die Bestellung öffentlicher Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen. Die Robellierung des Gehaltgesetzes der öffentlichen Angestellten ist unverzüglich in Angriff zu nehmen. Dringend ist die Lösung der Wohnungsfrage und die Sicherung des Mieterschutzes. Eine gesunde Wohnungspolitik muß endlich dem bisherigen Zustande der Wohnungsnot ein Ende machen.

Außer diesen Forderungen des sozialen Schutzes verlangen die Gewerkschaften eine unferer Wirtschaft entsprechende Handels- und Zollpolitik. Die Arbeitsverhältnisse und der Schutz der Arbeiter und Angestellten sind abhängig von der Wirtschaftspolitik des Staates. Lohn erhöhungen bringen nur dann eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, wenn gleichzeitig durch eine den Bedürfnissen der Gesamtheit entsprechende Wirtschaftspolitik die Verteuerung der Lebensmittel und der Bedarfsartikel verhindert wird. Nur in einer andersgearteten als der bisherigen Wirtschaftspolitik liegt die Gewähr dafür, daß der Arbeiterklasse Arbeitsmöglichkeiten und Beschäftigung gesichert werden können.

Zu den wichtigsten Aufgaben des neuen Parlamentes gehören die Handelsverträge, die auf Grund des Zolltarifes abgeschlossen werden. Auch die bisherige Zollpolitik hat sich als verhängnisvoll herausgestellt. Dann sind die parlamentarischen Entscheidungen in den Fragen der Wirtschaft von großer Tragweite. Auf die Einfluss zu nehmen, gehört zu den dringlichsten Aufgaben der freien Gewerkschaften. Von den Ideen der Wirtschaftsdemokratie erfüllt, müssen die freien Gewerkschaften alles aufbieten, um ihre wirtschaftlichen Forderungen zur Geltung zu bringen. Der Weg zur Wirtschaftsdemokratie und zur Sozialisierung der Produktion führt aber nicht über wirtschaftlichen Zusammenbruch, sondern durch eine aufsteigende Entwicklung der gesamten Wirtschaft.

Die freien Gewerkschaften können gegenüber den Wahlen in die Nationalversammlung nicht gleichgültig bleiben. Sie müssen mitentscheiden und darauf bedacht sein, daß nicht Parteien zur Macht kommen oder an der Macht bleiben, die eine rein kapitalistische Politik machen. Bestimmend für das Vorgehen der freien Gewerkschaften bei politischen Wahlen ist das Verhalten der politischen Parteien und deren Programm.

Nur mit jenen Parteien können die Mitglieder der freien Gewerkschaften gehen, die auf dem Boden des Parlamentes die Arbeiten und Bestrebungen der freien Gewerkschaften vertreten,

für die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnnechtschaft eintreten und für ihre Gleichstellung im Wirtschaftsleben die Voraussetzungen schaffen. Die gemeinsame Landeszentrale der freien Gewerkschaften (Gewerkschaftliche Vereinigung der Tschechoslowakei) fordert die Gewerkschaftsmitglieder auf, nicht bürgerlich, nicht kommunistisch, nicht agrarisch oder kerikal, sondern

sozialdemokratisch

zu wählen und den Kandidaten der sozialdemokratischen Parteien die Stimme zu geben.

Die sozialdemokratischen Parteien, die deutsche ebenso wie die tschechische und die der anderen nationalen Arbeitergruppen wirken seit Jahrzehnten an der Verbreitung der sozialistischen Grundgedanken und für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter und Angestellten. Sie unterstützen die freien Gewerkschaften nachdrücklich in ihren Aktionen. Damit erfüllen sie ihr eigenes Programm, die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus.

Die sozialdemokratischen Parteien vertreten die Unabhängigkeit der Gewerkschaften, sie rühren nicht an deren Selbstverwaltung und greifen nicht in die wirtschaftlichen Aktionen der Gewerkschaften aus parteipolitischen Gründen ein, wie das die Kommunisten tun. Daher erwartet

der Zentralrat der gemeinsamen Gewerkschafts-

zentrale in der Tschechoslowakei, daß alle Gewerkschaftsmitglieder ihre Pflicht tun. Die Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften sind für die Gewerkschaften so bedeutungsvoll, daß jeder organisierte Arbeiter, jede Arbeiterin und jeder Angestellte von seiner staatsbürgerlichen Pflicht in seinem eigenen Interesse den richtigen Gebrauch machen muß.

Keine einzige Stimme darf verloren gehen! Jede Stimme, die für die sozialdemokratischen Kandidatenlisten abgegeben wird, verstärkt den Einfluss der arbeitenden Klasse auf das zukünftige Parlament und damit auch ihren Einfluss auf die Staatsverwaltung.

Die neuen Verhältnisse der Nachkriegszeit haben die arbeitende Klasse und die Gewerkschaften vor viele neue Pflichten gestellt. Sie sind mit verantwortlich für das, was für oder gegen die arbeitende Klasse im Staate geschieht, sie entscheiden selbst über ihr weiteres Schicksal.

Die am 27. Oktober stattfindenden Wahlen müssen der kapitalistischen Bürgerregierung ein Ende machen. Die Entscheidung darüber liegt in den Händen der Arbeiter und Angestellten. Kein Gewerkschaftsmitglied, das wahlberechtigt ist, darf an diesem Tage anders wählen als sozialdemokratisch. Darin liegt die beste Sicherheit dafür, daß die zukünftige Nationalversammlung die Forderungen der freien Gewerkschaften beachtet.

Der Zentralrat der gemeinsamen Landeszentrale „Tschechoslowakische Gewerkschaftsvereinigung“.

An die Mitglieder aller Verbände des Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Unter Hinweis auf den von der gemeinsamen Landeszentrale an sämtliche Mitglieder der freien Gewerkschaften der Tschechoslowakei gerichteten Aufruf zu den Parlamentswahlen, fordert die Zentralgewerkschaftskommission die Mitglieder der angeschlossenen Verbände zur Wahl der Kandidaten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf. Es darf nicht wieder vorkommen, daß durch Arbeiterstimmen und Stimmen von Angestellten eine Bürgerblockregierung ermöglicht wird, die ein Werkzeug der kapitalistischen Klassen bildet. Arg genug haben Arbeiter und Angestellte darunter leiden müssen, daß sich aus ihren Reihen im November 1925 dazu verleiten ließen, ihren wirtschaftlichen und politischen Gegnern die Stimme zu geben. Für jene Partei aber zu stimmen, die zum Gaudium der Kapitalisten- und Unternehmerklasse die freien Gewerkschaften beschimmt und gegen sie hebt, das muß jedem Wähler und jeder Wählerin die Selbstachtung verbieten. Gewerkschaftsmitglieder! Eure Lösung für den 27. Oktober muß sein:

Gegen den Bürgerblock, gegen die Zerklüftung der Einheit der Arbeiterbewegung, für die deutsche Sozialdemokratie, im Interesse der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der freien Gewerkschaften!

Die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakischen Republik.

Der nationale Verrat der Landbändler und Christlichsozialen.

Neue tschechische Schulen mit nur deutschen Kindern! — Rein-deutsche Bezirke dürfen ihre Verhandlungssprache nicht bestimmen!

Auf dem sozialen und nationalen Sündenregister der deutschen „Aktivisten“ war schon kein Platz mehr, als die Wahlen ausgeschrieben wurden, ihr Schuldkonto ist erdrückend. Jedoch es ereignet sich, daß sogar jetzt noch, gerade zum Kapitel ihres nationalen Verrats, neues Material nicht etwa „bei den Haaren herbeigezogen“ durch die ewig unzufriedenen Sozialdemokraten, sondern Material, das die deutsche Bürgerpresse zu veröffentlichen sich genötigt sieht und das sie, wie versichert wird, dokumentarisch zu belegen bereit ist! Dieses Material betrifft die fortbauende Tschechisierung der Schule unter Mitwirkung der zwei deutschen Regierungsparteien und gründet sich auf folgende Tatsachen aus einem einzigen Bezirk:

Ueber die gewalttätige Vertreibung des Schulwesens im Bezirk Biskopstelnitz.

Erstes Beispiel.
In der Gemeinde Althütte wurde im August 1929 die Errichtung einer tschechischen Schule für elf Kinder verfügt, die alle wie ihre Eltern rein deutsch sind. Der Ort zählt unter 394 Einwohnern zwei Tschechen!

Zweites Beispiel.
In der Gemeinde Plösch wurde im Juni 1929 die Errichtung einer tschechischen Schule (Ankauf eines Schulgebäudes) für neun Kinder bewilligt, die sämtlich rein deutsch und ohne jede Kenntnis des Tschechischen sind! Laut amtlicher Volkszählung ein Tscheche unter 665 Deutschen!

Drittes Beispiel.
In der Gemeinde Unterhütten wurde eine tschechische Schule für vier Kinder gegründet, darunter das des Besitzers des Schulhauses, den der Pachtbetrag von 6000 Kronen jährlich zur Entnationalisierung seines Kindes bestimmt hat. Unter 410 Einwohnern ein Tscheche!

Das Blatt, dem wir diese Daten entnehmen, erklärt sich bereit, das namentliche Verzeichnis am 27. Oktober die Krone vor, ob ihr so wie das soziale Unrecht auch die nationale Verwahrlosung in Schule und Verwaltung noch länger mitmachen wollt!

Noch eine sozialdemokratische Stimme zum Aufbruch.

Die „Volkszeitung für die Oberlausitz“ schreibt u. a.: „Die tschechischen Politiker, die schließlich hinter diesem drakonischen, einem Justizmord gleichkommenen Urteil stehen, dürften nicht gut beraten gewesen sein, als sie diesen Schlag führten. Man hat bis jetzt gerade die Tschechen für ein politisch besonders begabtes und zur Staatsbildung geschicktes Volk angesehen, und manches aus der Vergangenheit sprach für diese Meinung. Mit diesem Urteil aber, scheint uns, haben die tschechischen Führer in nicht voraussehendem Maße gerade das gefördert, was sie angeblich verhindern wollten...“

zeichnis dieser eingetragenen Kinder zu veröffentlichen und dieses Blatt ist — die „Bohemia“, seit einer Woche Publikationsorgan nicht nur mehr des Herrn Raska, und seiner entmannten Deutschdemokratischen Partei, nicht nur mehr auch des Herrn Rosche und der Mandatsversicherungsgemeinschaft dieser beiden, sondern Publikationsorgan auch des Bundes der Landwirte, mit dem sich genannte Gesellschaft alliiert hat. Die „Bohemia“ hat zweifellos, indem sie diese Tschechisierungstatfachen allerjüngsten Datums veröffentlichte, sagen wollen:

Wenn Ihr haben wollt, daß es so wie bisher bleibt, dann wählt die Liste des Landbundes und der Kalkisten!

Wir aber sagen:
Die „verbesserte“ nationale Atmosphäre!

Im Bezirk Falkenau gehören 95 Prozent der Bevölkerung der deutschen Nation an. Selbstverständlich haben bei Zusammentritt der neuen Bezirksvertretung die deutschen Sozialdemokraten die Festschließung des Deutschen als Geschäftssprache beantragt. Der Bezirkshauptmann ließ die Abstimmung dieses Antrages nicht zu, unsere Genossen erhoben Beschwerde bei der Landesbehörde. Diese hat nun in einer Entscheidung vom 1. Oktober die Verfügung des Bezirkshauptmannes als zurecht erkannt und erklärt, daß der Beschwerde unserer Genossen keine Folge gegeben wird. Und diese Entscheidung ist endgültig!

So sieht die „Symbiose“ des Herrn Spina aus! Rein deutsche Bezirke dürfen nicht bestimmen, in welcher Sprache ihre Vertretungen die Verhandlungen führen sollen! Symbiose heißt bei den Aktivisten, daß tschechische Bürgertum national diktiert, wofür es sich mit dem deutschen Bürgertum friedlich in die Rechte der sozialen Ausbeutung und politischer Halbdiktatur über die Arbeiter teilt.

Beat Euch am 27. Oktober die Krone vor, ob ihr so wie das soziale Unrecht auch die nationale Verwahrlosung in Schule und Verwaltung noch länger mitmachen wollt!

Es ist schon eine tragische Ironie, daß die Tschechen jetzt mit den Methoden arbeiten, die sie mit Recht im ehemals österreich-ungarischen Staat aufs schärfste bekämpft und verurteilt haben. Sie enthüllen damit eine Schwäche des tschechoslowakischen Staatswesens, die dem Fortgange des jungen Staates außerordentlich nachteilig sein wird. Mit diesem drakonischen Urteil haben die Nachfolger eines Masaryk dem Faschismus in ihrem Land und in ganz Osteuropa Wasser auf die Mühlen geleitet. Auch insofern hat das Urteil Bedeutung weit über die Grenzen des tschechoslowakischen Staates hinaus und muß mit aller Schärfe verurteilt werden.“

Wer's glaubt wird selig!

Der Bund der Landwirte fordert nachdrücklich

tatkräftige Hilfe für die wirtschaftlich Schwachen bei Unwetterkatastrophen und Viehverlusten.

Durch gesetzliche Förderung der Selbsthilfeorganisationen und durch Gewährung hinreichender öffentlicher Unterstützungen an die wirtschaftlich und sozial Schwächeren — vor allem an die Kleinbauern und Häusler — muß vermieden werden, daß der Landwirt durch unverschuldete Schicksalsschläge in seiner Existenz gefährdet und der Not preisgegeben wird.

Das nimmt sich besonders gut aus in diesem Wahlsaufzug, der grundsätzlich all das fordert, wogegen der Bund der Landwirte drei Jahre lang gestimmt hat, und den man eine Abrechnung mit den eigenen Sünden nennen könnte!

Oben noch haben die Agrarier die Unwettergeschädigten genarrt und betrogen, mit einem Bettel abgeseift und das Geld für Wanderverbrennungen verwendet. Jetzt „fordern“ sie wieder. Wenn die Geprellten aus ihrem Unglück nur einen Funken gesunden Menschenverstandes gerettet haben, werden sie auf diese Frotzelei die richtige Antwort geben!

Wieviel Ehrenerklärungen will der Herr Fick noch abgeben?

Die letzten veröffentlichten Beschlüsse des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Häusler zur Krise in der Landwirtschaft nimmt der Schriftleiter Fick der Saazer agrarischen „Heimat“ zum Anlaß einer neuen persönlichen Anrempelung des Genossen Leibl. Das Blatt behauptet, der Kleinbauernverband existiere nur auf dem Papier (wozu dann diese Angst, Herr Fick?) und bestche

„aus nicht einem einzigen Kleinbauern, außer Dominik Leibl, der aber kleiner ist, weil er seine Wirtschaft seit Jahrzehnten der Verdrießlichkeiten halber möglichst teuer verpachtet hat.“

Man weiß nicht, soll man das herrliche Deutsch des agrarischen Schriftleiters mehr bewundern oder seine Unverschämtheit, mit der er bewußt Unwahrheiten in die Welt setzt. Damit die Landbündler aus der Behauptung, Leibl sei ein Kleinbauer, der kein Kleinbauer ist, nicht einen fadenfadenigen Wackel machen, sei sogleich festgestellt, daß die „Heimat“ gelogen hat. Genosse Leibl hat seine Landwirtschaft noch eine Zeit nach seiner 1920 erfolgten Wahl ins Abgeordnetenhaus betrieben und mußte sie dann wegen Ueberbürdung aufgeben. Jeder nicht von Hof und Verleumdungssucht verblendete Mensch wird zugeben, daß ein Sechzigjähriger nicht nur wegen „Verdrießlichkeit“ die schwere landwirtschaftliche Arbeit aufgeben muß. Seine Grundstücke hat Genosse Leibl übrigens nicht „möglichst teuer“ verpachtet, sondern zu Preisen, die kaum mehr als die Steuern hereinbringen.

Der betreffende Schriftleiter, der bisher mit allen derartigen Anrempelungen Rech abgebt hat, scheint Lust zu haben, dem Genossen Leibl demnächst wieder eine de- und wehmütige Ehrenerklärung abzugeben.

Der Skandal in der Pariser russischen Gesandtschaft.

SPD. Paris, 8. Oktober. (Eig. Draht.) Der Skandal, der aus dem russischen Geschäftsträgers Besedowski aus der Pariser Sowjetbotschaft scheint sich zu einer Affäre von höchster politischer Tragweite auszuwachsen. Die Erschütterungen dieses Skandals sollen die Stellung nicht nur des Botschafters Dowgalewski, sondern auch die des stellvertretenden Kommissars für auswärtige Angelegenheiten Litwinow bedrohen.

Der Berliner Tabela-Direktor Rosenmann, der zur Verfassung des Besedowski nach Paris gereist war, versammelte vor seiner Rückkehr nach Berlin das gesamte Personal der Sowjet-Botschaft um sich und hielt eine wilde Brandrede gegen Dowgalewski, den er beschuldigte in sträflicher Nachlässigkeit das Treiben des abtrünnigen Geschäftsträgers vertuscht zu haben. Außerdem habe es Dowgalewski nicht fertig gebracht, die Knechte nach Moskau abzuführen. Er sei also in erster Linie verantwortlich für den Skandal, der durch die Flucht Besedowski aus der Botschaft entstanden sei, und der das Ansehen der Sowjet-Diplomatie schwer schädige.

Dowgalewski hat seinerseits ein ausführliches Telegramm über die Angelegenheit nach Moskau geschickt, ist dort aber auf eisige Schweigen gestoßen. In seiner Not hat er inzwischen unter Hinzuziehung einiger Juristen eine Besprechung mit den höheren Beamten der Botschaft abgehalten. Angeblich will er Besedowski jetzt wegen seiner Angriffe in der russischen Emigrantenpresse entgegneten und wegen Unterschlagung vor ein Pariser Gericht zu bringen versuchen. Besedowski rächt sich unterdessen weiter, indem er in der russischen Emigrantenzeitung „Lette Nachrichten“ feststellt, daß in der russischen Botschaft eine wahre Spionage-Abteilung existiere. Diese Abteilung leite auch die Propaganda in den französischen Kolonien, werbe geheime Mitarbeiter und habe die Demonstration zum 1. August vorbereitet.

Tagesneuigkeiten.

Altweiberommer.

Klare, warme Tage verschönern jetzt die Natur. Wunderbar ist der Frühherbst. Die Erde schmückt sich mit herrlichen Farben, bevor sie zur Ruhe geht. Schimmernde Fäden fliegen durch die Lüfte, legen sich schmeichelnd um Ähren und Wangen, spinnen seidig den spärlichen Blumenschmuck der Wiesen ein, liegen glühend auf Baum und Strauch. **Altweiberommer.**

Ich sinne über die tiefere Bedeutung des Wortes nach. Ja, schön wie der goldene Herbsttag, so voll heiterer Ruhe und Abgeläutheit, mühten die Frauen sein, die eben die Höhe des Lebens überschritten, die Frauen so um fünfzig Jahre herum bis sechzig; die Mütter, die geackert und die da ernten sollen.

Ich suche und suche unter den Arbeiterfrauen und finde keine solche. In diesem Alter sind alle schon hinfällige Greisinnen, schon von Winterkürmen zerstört. Mitten im Kampf um das nackte Leben stehend, um der bitteren Not zu wehren, ohne Aussicht auf einen friedlich stillen Lebensabend. Jermüht vor der Zeit von der Not.

Wahrlich, der Kampf ums Dasein ist in der heutigen „göttlichen“ Gesellschaftsordnung härter und grausamer, als in der vernunftlosen Natur und jene ist darum reif zu verschwinden, um einer besseren Platz zu machen.

Natur soll uns beim Aufbau des Sozialismus Lehrmeisterin sein.

Klassenlotterie.

Ziehung vom 9. Oktober.

10.000 K:	89.331.
5000 K:	57.574, 106.781, 107.814, 155.093, 163.472, 167.573.
2000 K:	7986, 10.209, 12.103, 25.148, 28.636, 30.292, 39.521, 42.871, 44.970, 52.599, 58.840, 71.126, 73.077, 91.024, 93.200, 93.339, 93.862, 94.274, 94.953, 97.446, 99.977, 103.227, 111.274, 114.845, 118.295, 118.547, 120.929, 123.577, 131.501, 137.333, 139.203, 142.568, 152.835, 166.418, 170.480, 172.253.
1000 K:	1045, 4977, 5920, 5931, 8292, 9578, 11.921, 14.746, 14.862, 15.404, 16.220, 17.226, 17.755, 21.587, 24.259, 25.679, 28.674, 29.228, 29.313, 29.771, 30.838, 35.097, 39.942, 40.461, 40.589, 48.878, 51.531, 52.307, 53.998, 58.821, 58.696, 62.798, 68.073, 69.501, 70.933, 71.460, 71.963, 72.266, 74.152, 76.000, 76.207, 77.595, 83.092, 86.923, 87.173, 87.870, 88.781, 89.645, 91.494, 92.349, 93.450, 94.272, 96.949, 97.582, 98.110, 99.342, 100.269, 100.334, 101.883, 102.409, 103.861, 103.963, 107.350, 109.406, 109.652, 111.396, 111.428, 111.572, 115.287, 117.911, 119.247, 119.551, 120.726, 121.389, 123.505, 124.953, 125.528, 127.581, 127.791, 128.200, 128.269, 129.132, 130.076, 132.223, 132.638, 132.934, 134.596, 140.502, 141.587, 144.716, 145.936, 147.088, 149.148, 150.830, 151.131, 151.604, 156.196, 157.367, 158.669, 160.022, 160.082, 160.896, 163.069, 163.756, 165.456, 165.463, 167.732, 168.372, 173.053.

Verstümmelte Bergleute. Im Betriebe der Gewerkschaft „Diargard Schacht 3“ in Neuenkamp (Aheinprovinz) trat sich Dienstag nachts ein folgenschwerer Betriebsunfall zu. Durch plötzlich sich lösendes Gestein wurden drei Bergleute verstümmelt. Die sofort ausgenommenen Rettungsarbeiten förderten alle drei zu Tage, doch war bei einem der Verunglückten der Tod bereits eingetreten, während die beiden anderen so schwere Verletzungen davongetragen hatten, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Eine Arbeiterfamilie von dem einstürzenden Haus erschlagen. In einem Dorfe bei Messina stürzte Dienstag nachts das Dach eines Arbeiterhauses ein. Zwei Kinder wurden getötet, die anderen Kinder und die beiden Eheleute wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Schweres Autobusunglück. Bei Salzburg stürzte ein mit neun Personen besetztes Mietauto über die 20 Meter hohe Straßenschlucht und überschlug sich mehrmals. Fünf Insassen und der Chauffeur wurden schwer verletzt.

Als nächste Radio-Übertragungen aus dem Prager deutschen Landestheater sind in Aussicht genommen: Für den 6. November Adam, „Wenn ich König wäre“; für Anfang Dezember ein Einakter „Zyklus Hindemith und Krenel und für später die Neu-Einstudierung von Mozarts „Sulla“.

Kampf gegen Räuber in der Synagoge. In dem Städtchen Jarzew bei Lemberg drangen zehn bewaffnete ukrainische Knechte in das dortige jüdische Bethaus ein und versuchten, den dort befindlichen Jüdinnen ihre Juwelen zu rauben. Die Juden griffen die Knechte an. Es entstand ein Kampf, bei welchem von den Juden Messingleuchter als Waffen benützt wurden. Als die Polizei an Ort und Stelle erschien, um dem blutigen Kampfe ein Ende zu setzen, fand sie vier Leichen der Knechte und zwei schwerverletzte Knechte vor. Einige Juden wurden verwundet.

Neuerlicher Skandal in Berlin. Das „Tempo“ berichtet von einem eigenartigen Geschäft, das die Berliner Verkehrs-A.G. mit einer Firma betreibt und das in seinen finanziellen Umständen „vielleicht nicht weit hinter der Marzell-Affäre zurückbleibt.“ Die bevorzugte Firma heißt nach dem „Tempo“ F. Butt u. Co. und hat ihre Büros in Richtenberg, Rittergutsstraße. Sie hat das Monopol für die Lieferung von Material für Straßenbahnbauten, Kies, Schotter usw., aber auch für die Durchführung der Bauten. Tatsache ist, daß alle anderen Firmen bei Lieferangeboten an die Verkehrs-A.G. immer dieselbe Antwort bekommen: „Wir arbeiten nur mit Butt u. Co.“ Das „Tempo“ schreibt

weiter: Was den Skandal in seiner vollen Größe beleuchtet, ist die Tatsache, daß die Firma nicht nur das Ausschließlichkeitsrecht hatte, sondern direkt ihr zuliebe und um ihr Millionenverdienste zuzuschauen, überflüssige Straßenbahnbauten, Umbauten und Reichsanlagen vorgenommen wurden. So hat die Firma dieses Jahr die Verlegung der nach Steglitz führenden Straßenbahnlinie vom Bahnhof Hauptstraße bis Schloß Steglitz in die Mitte der Straße durchgeführt. Nun weiß man aber, daß unter dieser Linie die Untergrundbahnstrecke Spittelmarkt—Aleißpark—Steglitz führen soll. Es wird sich nun der Fall ereignen — und es ist nur einer von den vielen —, daß man nach einiger Zeit die Straßenbahnlinie wieder aufreißt, um die Untergrundbahnlinie bauen zu können. Die Straßenbahnschienen werden provisorisch weiterverlegt, um dann nach Vollendung des Umbaus wieder — natürlich von der Firma Butt u. Co. in die Mitte der Straße gelegt zu werden. Die Strecke, um die es sich handelt, ist etwa 3 Kilometer lang, das bedeutet für die Firma Butt u. Co. einen Auftrag in der Höhe von 1,5 Millionen. Wie ist nun die Firma Butt u. Co. zu ihrer bevorzugten Stellung gekommen? Bei der Verkehrs-A.G. sitzt ein Herr Direktor Bilde, der Sohn des Verkehrsleiters. Die Firma Butt war bis vor zehn Jahren ein ganz unbedeutendes Haus, dem man kaum 10.000 Mark kreditierte. Sie ist seit der Übernahme der Straßenbahn durch die Stadt groß geworden. Heute gehört sie zu den reichsten Firmen der Branche. Vor kurzem hat die Stadt Butt u. Co. noch einen besonderen Liebesdienst durch die Übernahme eines größeren Aktienpakets erwiesen.



Schweres Zugunglück in Polen. Bei der polnischen Stadt Sobolew in der Nähe der Stadt Demblin fuhr gestern früh gegen vier Uhr ein Güterzug auf einen Personenzug, in dem sich auch zahlreiche Soldaten befanden. Bei dem Zusammenstoß wurden drei Personen getötet und 24 verletzt. Die Lokomotive des ersten Zuges und mehrere Wagen wurden völlig zerstört. Die Ursache ist auf Unachtsamkeit des Lokomotivführers zurückzuführen.

Eine Gattenmörderin verhaftet. Im Dorfe Spatowitz bei Budweis wurde gestern von der Gendarmerie eine gewisse Marie Gruba verhaftet, welche am 29. September mit einem Küchenmesser ihren Mann in Frauenberg ermordet hat und seitdem verschollen war. Sie hielt sich während der letzten zehn Tage in den Wäldern auf und wurde durch Hunger genötigt, bei menschlichen Behausungen um Nahrung zu betteln. Sie wurde aber dabei erkannt und festgenommen und dem Bezirksgericht in Frauenberg überstellt. Die Gruba gibt an, sie hätte ihren Mann nicht erschlagen, sondern er wäre während des Streites ihr ins Messer gefallen und hätte dadurch den Tod gefunden. Die Untersuchungsorgane betrachten dies nur als eine Ausrede, denn bei der Verhafteten wurde noch ein zweites Messer gefunden, welches sie unter dem Kleid versteckt hatte. Gestern nachmittag wurde sie dem Gericht in Budweis überstellt.

Betrügereien beim Marindepot in Kiel. Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit der vor einiger Zeit ausgedienten Schiebungen beim Marindepot in Kiel haben, wie die „Kieler Neuesten Nachrichten“ melden, ergeben, daß die Haupttäter, Angestellte des Sperrdepots, jahrelang, mindestens seit dem Jahre 1925-26 Marinegut in umfangreicher Weise gestohlen und an Kieler Produkthändler, sowie an einige Kieler Geschäftsleute verkauft haben. Es handelt sich um Kappen, Oese, Tauwerk, Teller, Anzüge, Aabeltrommeln, Drahtseile u. a. Die Diebeler boten in vielen Fällen die Ware wieder dem Arsenal zum Kauf an, so daß das Arsenal tatsächlich sein eigenes Gut wiederkaufte. Den Gewinn teilten dann die Firmen mit den betrügerischen Angestellten des Depots. Der Gesamtschaden läßt sich noch nicht überschauen, wird aber auf etwa 100.000 Mark geschätzt. Von den als Diebeler überführten Geschäftsleuten hat einer sofort freiwillig 4000 Mark an die Marine zurückgezahlt. Außer diesen Schätzungen sind auch noch Unterschlagungen bei der Kasse des Sperrdepots in Höhe von mehreren tausend Mark festgestellt worden. Insgesamt wurden 10 Personen sofort verhaftet. Nachdem die Schiebungen nunmehr hinreichend geklärt sind, wurden sämtliche Haftbefehle wieder aufgehoben. Es wird demnächst gegen etwa 30 Beschuldigte Anklage erhoben werden.

Der Goldmacher Tausend soll dem Gericht seine Kunst zeigen. Der Klempnermeister Franz Tausend, der sich zu Höherem berufen fühlt als zur Beschäftigung mit Blech und sich statt mit der Herstellung von Waschtöpfen und Dachrinnen nach gutem alten Zauberermuster mit der Fabrikation von Gold befaßt, sitzt zurzeit im Untersuchungsgefängnis in München. Denn obwohl er eine Reihe von österreichischen und deutschen Industriellen zur Herausgabe von Kapitalien zu bewegen vermochte, obwohl sich

Genossin! Ist Deine Nachbarin schon bei der Partei?

auch die größte geistige Leuchte Deutschlands Ludendorff, für das Verfaulen interessierte, wahrscheinlich um die Freimaurer und die Juden zu schnapsen, stellte sich heraus, daß es mit der Goldmacherkunst des Klempnermeisters doch nur Blech sei. Und so wurde der Tausend im Frühjahr wegen Betruges verhaftet. Er wurde zunächst auf seinen Geisteszustand untersucht. Doch da er noch wie vor darauf beharrte, daß es sich bei seiner Goldmacherkunst um eine wissenschaftliche einwandfreie Angelegenheit handle, soll er nun an ein wissenschaftliches Institut gebracht werden, wo er unter fachgemäßer Kontrolle seine Erfindung, aus Quecksilber Gold zu machen, vorführen soll. — Unterm 9. Oktober wird dazu aus Berlin gemeldet: In der Affäre des „Goldmachers“ Franz Tausend, der im Frühjahr unter dem Verdacht schwerer Betrügereien auf seinem Schloß Eppan in Tirol verhaftet worden ist, ist jetzt eine sensationelle Wendung eingetreten. Wie sein Verteidiger mitteilt, ist es Tausend im Hauptmünzamt in München unter amtlicher und fachverständiger Kontrolle nach vorhergehender persönlicher Untersuchung und genauer Durcharschung seiner Kleidungsstücke gelungen, echtes und reines Gold in einer Menge herzustellen, die in dem als Ausgangsmaterial verwendeten Blei und den sonstigen Zutaten unmöglich schon vorher enthalten sein konnte.

Vom Erholungsheime des B. d. N. in Politz. Mit 30. September wurde das Erholungsheim in Politz an der Elbe des Bundes der Kriegsverletzten, mit dem Siege in Reichertsdorf, geschlossen. Eröffnet wird es wieder am 1. April nächsten Jahres. Das Heim hatte eine sehr starke Frequenz aufzuweisen, was ein Beweis dafür ist, wie groß das Bedürfnis nach einem entsprechenden Erholungsheime in den Reihen der deutschen Kriegsgeschädigten ist.

Nache — und dann in den Tod. Der Bauer Joseph Guschner, der vor Jahren wegen Bigamie verurteilt worden war, kehrte dieser Tage aus dem Zuchthaus in seine Heimat nach Cham, einem oberbayerischen Dorf, zurück. Sein erster Gang galt der Wohnung seiner ersten Frau. Ohne ein Wort zu sagen, griff er zum Beil und schlug sie nieder. Dann machte er auch seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Mit schweren Verletzungen wurde die Frau ins Krankenhaus überführt. Man hofft, sie am Leben zu erhalten.

Endgültig aufgegeben. Als die verschiedenen Hilfsaktionen für den mit dem Luftschiffmumpf abgetriebenen Teil der Mitglieder der Robobile-Expedition ergebnislos abgebrochen waren, rüstete die italienische Regierung eine neue Expedition aus, um die Nachforschungen fortsetzen zu lassen. Im Mai dieses Jahres hatte sich das Expeditionsschiff in die Arktis begeben. In schwerem havariertem Zustand ist es jetzt in Bergen eingetroffen. Von den Verschollenen hat man keine Spur gefunden. Man hat die abgetriebenen Robobile-Beute nunmehr endgültig aufgegeben.

Die Memoiren des Marquis de Champeaubert. Im Walde von Verneuil, dicht neben der Stelle, wo sich der Marquis de Champeaubert lebendig hatte begraben lassen, sind am Dienstag auch die Memoiren des Schwunders entdeckt worden, für deren Reklame er sterben mußte. Die einzelnen Kapitel-Überschriften zeigen deutlicher als alles andere, was Geistes Kind dieses Memoirenwort ist: „Mit 13 Jahren Liebhaber einer Gräfin“, „Der Einbruch in die Nadelfabrik“, „Der Abbruch des Eiffelturms“, „Die unsichtbaren Todesstrahlen“, „Das Duell mit der amerikanischen Polizei.“

Bom Rundfunk. Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag.

- Prog: 11.15 Schallplattenmusik, 16.30—17.35 Konzert, 17.35 Deutsche Pressenachrichten, 17.30 Deutsche landwirtschaftliche Sendung: Ueber moderne Schneemaschine, 20.00 Radiokonzert, 20.55—21.15 (Sendung nach Brünn, Mähr.-Odrau, Preßburg) Zeitgenössische Musik. — Brünn: 11.30 Schallplattenmusik, 12.30—13.30 (Sendung nach Prag und Preßburg) Konzert, 16.30 bis 17.35 Konzert, 17.35 Deutsche Pressenachrichten, 17.35 Deutsche Sendung: Berg, Schula, Rosenbüsche, Preßburg, Prof. Dr. G. Jellik: Der literarische Entwicklungsengang der Jugend, 19.05—19.45 (Sendung nach Prag und Mähr.-Odrau) Chor-Konzert, — Mähr.-Odrau: 11.30 Schallplattenmusik, 12.30—13.30 Konzert, 15.00 Konzert, 17.30 Kammermusik. — Preßburg: 11.30 Schallplattenmusik, 13.30 Deutsche Pressenachrichten, 16.00 Schallplattenmusik, 16.30 Konzert, 20.20—20.55 (Sendung nach Prag, Brünn, Mähr.-Odrau) Symphonische Kammermusik. — London: 19.45 Beethoven-Trios. — Paris: 21.35 Beethoven: 9. Symphonie. — Berlin: 10.00 Jack London, 20.40 Walter-Kammermusik, 21.25 Kinderkonzerte des Rippers, — Stuttgart: 18.00 Bom Belen der Nationalmusik, 20.00 Symphoniekonzert. — Leipzig: 11.30 Volksmusikalisches Orchesterkonzert, 21.00 Der verwandelte Rumpelstilz, Spiel von Stefan Zweig. — Weimar: 21.15 Übertragung aus dem großen Konzerthaus. — München: 19.30 Unterhaltungskonzert, 20.30 Original-Musik für Rundfunk, 21.35 Das Volk im Turm, eine Szene aus der Zeit Richelieus von Paulus Tomius. — Hamburg: 20.00 Volksmusikalisches Konzert. — Langenberg: 18.30—18.50 Die erlebtesten Aufgaben der Genossenschaften des Handels, 19.15—19.40 Die Frage der Elektrifizierung von Weilsbun, 19.40—20.00 Die wirtschaftlichen Ansichten der deutschen Arbeitslosenpolitik, 20.00—20.45 Die unerschöpfliche Stimme. — Königsberg: 18.45 Stauspositionen für Mäde und Kinder, 19.15 Reue aus aller Welt. — Frankfurt: 18.30 Die Wohnung wie sie nicht sein soll, 18.50 Die Wohnung, wie sie sein soll, 22.15—24.00 Wandellnusskonzert. — Basel: 19.30 bis 22.00 Sinfonische Konzerte, 22.10—22.45 Volksmusikalisches Musik. — Weimar: 20.20 Symphoniekonzert, 21.15—21.40 Konzert. — Regensburg: 21.00 „Wilde Müller“, Oper von Ferdl. — Koblenz: 20.00 Übertragung der Oper „Freischütz“. — Oso: 20.00 Symphoniekonzert. — Oldenburg: 20.41 „So Capul'Per Constan“, Oper von Reznig. — Rastow: 20.15 Symphonisches Konzert.

Als Urheber des großen Juwelenbetrugs in der französischen Volkshaus in Berlin ist der Pförtner der Volkshaus, der frühere Oberst im russischen Generallstab Michailow, festgestellt und vorläufig in Polizeigewahrsam genommen worden.

Stintiere „vergafen“ eine Stadt. In Andover (New Jersey) ist der gesamte Geschäftsverkehr der Stadt dadurch eine Zeitlang lahmgelegt worden, daß eine Armee von mehreren hundert Stintieren die Hauptstraße des Ortes als Lammelpfad auskuchte.

Badeverbot in Wien. Der Magistrat der Stadt Wien hat eine Kundmachung erlassen, worin mit Rücksicht auf den noch nicht beobachteten Tiefstand der Zuffüsse aus beiden Hochwasserleitungen von heute ab eine Reihe von Sparmaßnahmen getroffen wird.

Internationale Diebsorganisation? Die Pariser Blätter berichten in ausführlichen Artikeln, daß es der brasilianischen Polizei gelungen ist, mit Hilfe von Aufzeichnungen, die bei dem im Vorjahre in Brasilien verhafteten internationalen Dieb Pint gefunden wurden, die geheime internationale Gaunersprache zu entziffern.

Etwas vom schwedischen Tierschutz. Schweden besitzt gegenwärtig die größte Zahl von Wölfen, sogenannten europäischen Wölfen. Es ist zu hoffen, daß dieses Tier von der drohenden Aussterbung gerettet werden kann.

Heiteres.

3-Arzt.

Als nach dem Tode des Verfassers des berühmten Kommentars zum Handelsgesetzbuch, Justizrat Staub, Angehörige und Freunde über eine passende Grabinschrift berieten, schlug der Kollege des Verstorbenen, Reichsstaatsanwalt Maxilian Kempner, nachstehenden Text vor:

„Hier liegt Staub, Kommentar überflüssig.“

Theater.

Bei Doktor Jidel beschwerte sich einmal der Schauspieler B. Die Kollegen vertulken ihn immer und er häte um seinen direktorialen Schutz.

„Ja, ja, die Schauspieler.“ sagte Jidel, „das ist im Grunde! Seien Sie froh, lieber B., daß Sie keiner sind!“

Hilfsverständnis.

„Dies Jahr habe ich meine Braut im Schwarzwald besucht. Wundervoll. Das Schönste, was ich gesehen, war der Aniebis.“

„Höchste Zeit, daß ihr heiratet!“

Vom Seitenwund.

„Die ideale Ehe ist doch immer noch, wenn der Mann verliebt ist.“

„Ja, solange die Frau nicht merkt.“

Ehewünsche.

„Wenn ich einmal heirate, möchte ich nur eine Frau haben, die mir jeden Tag meinen Kaffee ins Bett bringt.“

„Mir wäre eine Frau lieber, die mir jeden Tag mein Bett ins Café bringt.“

(Aus dem „Ull“.)

Empfindliche Zähne

dürfen Sie nicht mit einer Zahnpasta behandeln, die durch ihre grobkörnige Substanz den Zahnschmelz angreift. Nehmen Sie nur Odol-Zahnpasta; die Ihre Zähne schon, weil sie aus feinsten Materialien hergestellt wird.



Das abergläubische Indien.

In keinem Lande der ganzen Welt findet man den Volksaberglauben so verbreitet und von derart verhängnisvoller Wirkung, wie in Indien. Die täglichen Zeitungsnotizen der englischen Kolonialpresse, die von blutigen Zusammenstößen zwischen den Fanatikern gewisser sich feindselig gegenüberstehender Sekten zu berichten weiß, geben auch dem fernstehenden europäischen Beobachter ein Bild von dem Chaos der Weltanschauungen, das in dem indischen Völkchen herrscht.

Der Durchschnittsindier lebt auch heute noch nach den Mitteilungen dieses Reisenden in ständiger Angst vor tausenderlei unheimlichen Mächten und in ewiger Furcht, auf Grund unzähliger Vorurteile, die für die europäische Kultur einfach ungreiflich sind. Auch der gebildete Indier macht davon keine Ausnahme.

Die Mehrzahl des indischen Volkes, zu der auch ein großer Teil der sogenannten Gebildeten gehört, ist der Meinung, daß die Mächte von zahllosen Gespenstern und unheimlichen Geistern belebt seien, die nur darauf warten, dem armen Sterblichen einen Schabernack zuzufügen.

Der Indier glaubt sich auch am Tage in stän-

diger Gefahr, von bösen Mächten überfallen zu werden. Das schlimmste Gespenst, das ihm je begegnet könnte, ist das sogenannte „Churel“, der böse Geist einer verstorbenen Frau, die sich nach der Volksmeinung auf den einsamen Landstraßen aufzuhalten und dem nichtabwendenden Wanderer heimtückische Schläge zu versetzen pflegt.

Ein unentbehrlicher Zubehör für den Kampf gegen die hinterlistigen Gespenster sind für den Indier ein geweihter Dolch — „Gost dagger“ auf englisch — aus dessen zweifelhafte geschnittener Schneide zahlreiche Zaubersprüche eingraviert sind.

Die Zahl der bösen und gefährlichen Geister, gegen die sich der Indier auf diese Weise schützen zu müssen glaubt, ist so groß und wechselt derart in den verschiedenen Landesgegenden, daß selbst einer von den auf diesem Gebiete bewanderten Jägern ihr Verzeichnis kaum auswendig weiß.

Eine Nummer niederer und nicht minder gefährlicher, böser Mächte, deren Namen je nach den Gegenden wechselt, bevölkert noch die indische Geisterwelt und macht dem armen Kuli das Leben schwer, so daß man die Anbrunst wohl verstehen kann, mit der er sich nach dem Aufhören alles Leides, dem Nirwana, sehnt.

Ueber 100.000 Afrikaner in Paris.

Eine Gefahr für die Sicherheit der Stadt.

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Nach der jüngsten Statistik leben etwa 70.000 Nordafrikaner in der französischen Hauptstadt, von denen 50.000 aus Algerien stammen. Die übrigen sind Marokkaner. Diese Ziffer der in Paris ansässigen Afrikaner wird noch erhöht durch die Zahl von annähernd 30.000 Negern, so daß man sagen kann, daß der schwarze Erdteil mit etwa 100.000 Seelen in der Seine-Metropole vertreten ist.

Die Kriminalistische Ansicht dagegen hat sich der Zuzug der Farbigen nach Paris für die Sicherheit der Stadt derart verhängnisvoll ausgewirkt, daß man allen Ernstes daran denkt, dem Zustrom der Afrikaner, besonders der Araber, eine gewisse Beschränkung aufzuerlegen.

Wenn man den Pariser Polizeibericht durchblättert, fällt es sofort in die Augen, wie häufig der algerische Vorname Mohammed in dieser ominösen Rubrik zu finden ist. Besonders wenn es sich um Messerstechereien, Ueberrfälle und Schlägereien handelt, ist gewiß ein Algerier in der Angelegenheit verwickelt.

Unter der Sonne Afrikas schlagen die Herzen jüdischer. Die äußerlich überaus harmlos aussehenden Söhne Afrikas greifen schon wegen einer unbedeutenden Beleidigung zum Dolch oder Rasiermesser und wie bei den Männern des wilden Westens sitzen auch in ihren Revolvern die Augen verdammend lodern.

Den Mohammedanern ist bekanntlich der Alkohol-

genuß auf Grund ihrer Religion verboten. Solange die Algerier noch in der Heimat im Kreise der Eltern leben, pflegen sie sich an die Koranbestimmungen zu halten. Haben sie aber einmal den harten Boden der Wüste mit dem schlüpfrigen Pflaster der Seine-Metropole vertauscht, geraten die Sitten der Väter in Vergessenheit.

Wenn nicht der liebe Alkohol, so ist es das Spiel, das die Gemüter der Algerier erhitzt. Schon manche harmlos begonnene Partie wurde mit dem Dolche beendet und der gewinnende Teilnehmer bißte es mit dem Leben, seinem Gegner nicht großmütig den Vorrang im Spiel gelassen zu haben.

Die Pariser Polizei hatte bisher allein 25 Beamtinnen, die sämtlich die Landessprache geflüßig beherrschen, mit der Beobachtung der Algerier, den gefährlichsten unter allen Afrikanern, betraut. Diese Zahl der Aufsichtsorgane hat sich in den letzten Jahren als völlig unzureichend erwiesen.

Genossen! Genossinnen! In jeder Betriebsversammlung, jeder Gewerkschaftsversammlung, jeder Genossenschaftsversammlung, jeder Wählerversammlung, jeder Frauenversammlung, jeder politischen Versammlung, jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation soll Ihre für die sozialdemokratische Parteipresse intensivste Verarbeitung leisten

können. Außerdem wohnen die Algerier derart verstreut in allen möglichen Quartieren und Vororten, daß eine genaue Ueberwachung schon aus diesem Grunde unmöglich gemacht wird.

Die Marokkaner und Negler unterscheiden sich in bezug auf ihren Anteil an der Kriminalstatistik überaus vorteilhaft von ihren Nachbarn, den Algeriern.

Die Marokkaner sind durchwegs als arbeitssame Leute bekannt und halten sich im großen und ganzen strikt an die Gesetze. Sie müssen das schon tun. Denn, da sie nicht, wie die Algerier französische Vollbürger sind, sondern nur unter französischer Schuthe stehen, setzen sie sich bei Straffälligkeit sofortiger Ausweisung aus der Hauptstadt aus.

Die Algerierfrage aber bereitet der Pariser Polizei schweres Kopfzerbrechen. Vorläufig hat man es einmal versucht, der Häufigkeit der Verbrechen unter ihrer Rasse durch Verschärfung der heimlichen Polizeiaufsicht und durch einige Verbote zu Leibe zu gehen.

Für die nichtfranzösischen Beobachter entbehrt dieser hartnäckige Kampf Frankreichs mit seinen farbigen Untertanen nicht eines interessanten Beigeschmacks. Es war eben von jeher schon schwer, die Geister, die man einmal rief, wieder loszuwerden.

Die Limonade.

M. Sostschenko.

SPD. Ich bin natürlich kein Trinker. Wenn ich auch dann und wann etwas herunterschlucke, so tue ich es nur ausnahmsweise, sozusagen, um meine Gesellschaft nicht zu kränken.

Mehr als zwei Flaschen auf einmal kann ich auf keinen Fall austrinken. Mein Gesundheitszustand erlaubt es mir nicht. Nur einmal an meinem Namenstage habe ich vier Flaschen ausgeleert. Dies geschah schon vor langem, als ich noch jung war, als das Herz in der Brust stark schlug und im Gehirn Verwirrungen gärrte.

Jetzt ältere ich. Einer meiner Bekannten, der Tierarzt Pjithyn, untersuchte mich vorgestern und, wissen Sie, begann am ganzen Körper zu zittern. „Bei Ihnen“, sagte er, „herrscht eine vollständige Devaluation. Keine Möglichkeit, zu unterscheiden, wo sich Ihre Leber und wo sich Ihre Harnblase befindet. Sie sind“, sagte er, „sehr abgetragen.“

Ich wollte diesem Tierarzt eine herunterhauen, konnte mich aber zum Glück noch beherrschen. „Werde einmal“, dachte ich, „einen guten Arzt konsultieren.“

Der Arzt fand keine Devaluation bei mir vor. „Die Organe sind bei Ihnen ziemlich in Ordnung. Die Blase ist auch gut; noch ganz wasserfest. Was das Herz anbelangt, so ist es vorzüglich, ja sogar größer, als es sein sollte. Doch“, sagte er, „über das Trinken müssen Sie ein Kreuz schlagen; sonst kann ganz plötzlich der Tod eintreten.“

Zu sterben habe ich keine Lust. Ich bin noch jung und will mein Leben genießen.

Man muß also, denke ich mir, das Trinken aufgeben, mit dem Wodka Schluss machen. Ich trinke also nicht mehr. Eine Stunde geht vorüber, — noch eine Stunde verstreicht, — ich bin müd. Um fünf Uhr gebe ich speien. Ich verzehrte meine Suppe, beginne, das Rindfleisch zu vertilgen — auf einmal empfinde ich heftigen Durst.

„Statt eines starken Getränkes“, denke ich, „werde ich was Mildes bestellen. Mineralwasser oder eine Limonade.“

Man stellt mir die Limonade auf den Tisch. Ich schenke mir ein Gläschen ein und trinke es aus, aber das Zeug schmeckt genau so wie Wodka. Ich schenke mir noch ein Gläschen ein, bei Gott! Wodka. Zum Teufel! Ich leere den Rest aus, echter Wodka!

„Hallo, noch eine Portion!“

Man bringt mir noch eine. „Ich habe“, sage ich, „Limonade verlangt, und was hast du mir da gebracht. Brüderchen?“

„No, das wird bei uns schon seit uralten Zeiten als Limonade verzapft. Eine Limonade, entschuldigen Sie, führen wir nicht. Niemand verlangt sie.“

„Ist schon gut. Hol' mir noch eine Portion!“

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Gewerkschaftliche Konzentration in Deutschland.

Berlin, 9. Oktober. (Tsch. B. B.) Der Deutsche Verkehrsband mit 400.000 Mitgliedern, der Verband für Gemeinde- und Staatsarbeiter mit 275.000 Mitgliedern und der Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter mit 11.000 Mitgliedern haben heute auf einer gemeinsamen Tagung die Zusammenlegung der Verbände zum „Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ beschlossen. Die neue Organisation tritt neben ihren gewerkschaftlichen Aufgaben besonders für die Förderung und den Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und der Gemeinwirtschaft ein.

Kleine Chronik.

Das Kochsalz als Feind des Tuberkulösen.

Als Robert Koch den Tuberkulobazillus und in ihm die unzweifelhafte Ursache der Tuberkulose entdeckt hatte, glaubte man, mit der Erkenntnis auch die Heilung der Krankheit in der Hand zu haben. Wenn es gelang, die Tuberkulobazillen im Körper zu vernichten, so mügte die Krankheit von selbst aufhören. Aber die Hoffnung trug. Man fand kein Vernichtungsmittel, keine materia magna sterilisans, das nicht zugleich auch den Körper geschädigt hätte; und man erkannte, daß es zwar keine Tuberkulosekrankheit ohne Tuberkulobazillen gab, aber auch daß die Anwesenheit dieser Bazillen im Körper nicht gleichbedeutend mit Erkrankung ist. Die Bazillen sind nur die eine Ursache der Erkrankung, die andere liegt in der Beschaffenheit des Körpers, seiner „Krankheitsbereitschaft“. Nur wenn der Körper dem Wachstum der Bazillen günstige Bedingungen bietet, können diese sich so entwickeln, daß ihre Giftwirkung die Erscheinungen der Tuberkulose hervorbringt.

Daher haben die neuzeitlichen Heilungsbestrebungen zum großen Teil das Ziel, den Bazillen den menschlichen Körper so ungenießbar wie möglich zu machen, also seine Beschaffenheit im Sinne der Bazillenabwehr zu ändern. Dieser Behandlungsgedanke wiederholt und bestärkt in einer Beziehung alten Volksglauben — nämlich die Gewohnheit, dem Schwindsüchtigen in der Nahrung reichlich Fett zu geben. Darüber hinaus gehen Versuche, den Salzhaushalt des Körpers umzustellen. Man weiß, daß die elektrischen Spannungen im Körper, die wahrscheinlich für die gesamten Lebenswege von ausschlaggebender Bedeutung sind, durch den Gehalt an Salzen in den Gewebeflüssigkeiten bedingt sind. Besonders die Salze der Leichtmetalle, des Kaliums, Natriums, Kalziums, Magnesiums und anderer, mit Chlor scheinen dabei eine große Rolle zu spielen. Hier sehen die Versuche ein, die mit den Namen Gerson, Sauerbrun, Hermannsdorfer verknüpft sind. Diese Ärzte glauben, beobachtet zu haben, daß eine möglichst kochsalzarme Ernährung, die zudem durch reichliche Gabe von Pflanzensaft viel Kaliumsalze enthält, die Heilungsbedingungen des Körpers bei Tuberkulose verbessert. Sie geben außerdem noch kochsalzfreie Salzgemische als Arznei.

Diese Behandlung soll bei Knochen- und Hauttuberkulose günstige Ergebnisse gehabt haben, also bei Krankheitsformen, die an sich weniger das Leben bedrohen als die Lungenkrankung. Bei der Lungeninfiltration sind die Versuche noch im Gange und es muß dringend davor gewarnt werden, daß Hungertote in ihrer bekannten Hoffnungslosigkeit von dem neuen Verfahren Wunder erwarten. Auch die Ärzte, die mit dieser Neuerung sich befassen, verzichten keineswegs auf die bisher übliche Behandlung mit Zellulosepulver oder mit chirurgischen

Eingriffen, sie glauben nur, durch ihre Ernährungsweise die bisherigen Ergebnisse noch verbessern zu können.

Es muß ferner darauf hingewiesen werden, daß die kochsalzarme Ernährung ebenso viel Geduld und Ueberwindung seitens der Pflegeperson wie des Kranken verlangt. Die Menschen sind nun einmal seit Jahraufenden an das Kochsalz als Nahrungswürze gewöhnt.

Die Köchin muß also die schwere Kunst erlernen, die sonst mit Kochsalz gewürzten Speisen durch andere Zutaten schmackhaft zu machen. Völlig läßt sich das Fehlen des Salzes nicht bei allen Gerichten vermeiden. Es muß daher auch der Kranke, zumal wenn keine Ehrlust nicht rege ist, eine beträchtliche Ueberwindung aufbringen, um die ungewohnt schmeckende Nahrung zu bewältigen.

Das Innere der Erde. Man ist bisher noch nicht tief in das Innere der Erde vorgedrungen. Mehr als ein paar Kilometer tief hat sich auch der Bergmann nicht hineingeböhrt. Und nun forschen die Gelehrten, wie es dort aussieht, wo der Mittelpunkt der Erde in stiller Unzulänglichkeit liegt. Man nahm gewöhnlich an, daß dort alles geschmolzen oder gar zu flüchtigem Gas geworden ist. Denn je tiefer man sich in die Erdrinde hineinarbeitet, um so heißer wird es. Aber man vermutet heute auch, daß die Erde einen starren Kern hat. Das ist schon wahrscheinlich geworden, als man bei Erdbeben untersuchte, wie schnell sich die Erschütterungen fortpflanzen. Dabei hat man nämlich gefunden, daß nur feste Massen diese Zuckungen so gut fortleiten können, wie es bei der Erde geschieht. Neuerdings hat Professor Simon in Berlin einwandfrei nachgewiesen, daß Gase unter hohem Druck die starre Form von Gestein oder Kristall annehmen können. Bei seinen Versuchen benutzte er ein ganz kleines, sehr festes Gehäuse, das nur den zehnten Teil eines Kubikzentimeters umschloß, und preßte 600 Kubikzentimeter Helium hinein, die dadurch die gewaltige Spannung von 6000 Atmosphären erhielten. Dabei bildete sich — eine steinige Masse! Der Druck auf das Erdinnere beträgt rund zwei Millionen Kilogramm; sollte dieser Druck nicht genügen, um das ganze Erdinnere zu einem harten Kern zu machen, der wie in einer weichenen Hülle ruht?

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Vorträge.

„Wege und Ziele der körperlichen Erziehung.“

Niels Buth, der bekannte dänische Gymnastiklehrer und Führer des modernen Turnens, hielt Dienstag in der Prager „Aranta“ einen Vortrag über das obige Thema. Ausgehend von der körperlichen Erziehung für den arbeitenden Menschen behandelte er die verschiedenen Systeme der Gymnastik, die ihren Ursprung in Schweden hatte, dort aber nach vielversprechenden Anfängen auf einen toten Punkt gelangte. Gymnastik sei der rationalisierte Sport und ein guter Gymnastiker müsse daher auch ein guter Sportler oder umgekehrt sein. Die Methode, die Niels Buth verfolgt, habe das steife Haltungsturnen durch Bewegung und Rhythmus ersetzt, die bedingt, daß jede Muskel- und Körpergruppe (Knochenbau und Nerven) in Tätigkeit gesetzt wird, im Gegensatz zum ruckweisen, nicht „fließenden“ Turnen. Geschmeidigkeit, Geschicklichkeit und Kraft bilden den Inhalt einer richtig betriebenen Gymnastik und wenn der Körper in der Übungsweise auf studiert werde, so kann die einseitige Haltung, hervorgerufen durch einseitige Arbeitsweise, beseitigt werden und daraus resultiere Gesundheit und bessere Arbeitsfähigkeit.

Der Vortrag war interessant für den Laien — denn denen, die sich im Turnwesen eingelebt haben, bot er nicht viel Neues —, aber, und das wäre in der Hauptsache der wichtigere Teil gewesen, Niels Buth hätte seinen Vortrag durch Vorführungen illustrieren sollen.

Zum Schluß eine Frage an die Leitung der „Aranta“: Warum bemüht man sich nicht, auch einmal die Arbeiter-Funkenschule Leipzig einzuladen?

Kunst und Wissen.

Umberto Urbano veranstaltet am 20. Oktober im neuen großen Produktendörfsaale ein Konzert mit ganz neuem Programm. Karten bei Wegler.

Maurice Delobra veranstaltet einen Vortrag über seine Erlebnisse in Indien am 22. Oktober im Saale der Produktendörse.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Donnerstag (8-4), 7 Uhr: „Romeo und Julia“. Freitag (9-1), 7½ Uhr: „Die Kinkönigin“. Samstag (10-2), Hofmannsthal-Fest, 7 Uhr: „Der Schwierige“. Sonntag, 2½ Uhr: Arbeiter-Vorstellung: „Der arme Jonathan“. 7 Uhr (12-4): „Figaros Hochzeit“. Montag (11-3), 7½ Uhr: „Der Schwierige“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: Gastspiel Emmy Sturm: „Ich betrüg dich nur aus Liebe“. Freitag: „Rugby“. Samstag: Gastspiel Emmy Sturm: „Ich betrüg dich nur aus Liebe“. Sonntag, 3 Uhr: „Grandhotel“. 7½ Uhr, Gastspiel Emmy Sturm: „Ich betrüg dich nur aus Liebe.“ Montag (Bankbeamten I): „Der Filmstar“.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeitersport als Kulturaufgabe.

Die Arbeitersportbewegung schöpft ihre stärksten Kräfte aus dem Gemeinschaftsdenken ihrer Mitglieder, um die sich das gemeinsame feste Band der gleichen Weltanschauung des Sozialismus schlingt, und diese weltanschauliche, geistige Verbundenheit unterscheidet die Arbeitersportbewegung am stärksten von der bürgerlichen Sportwelt, ganz so schweigen von den ausgesprochenen Berufssportlagern, wo die ausübenden Sportler lediglich Gladiatoren im modernen Gewande sind. Die kulturpolitische Bedeutung des Sports tritt aber nirgends so gebieterisch zutage, wie in der Arbeitersportwelt, und nur ihr kann die große Aufgabe zufallen, den Sport aus den Niederungen bloßer Vereinsmeierei, Reform- und Senzationslust herauszuheben auf die Höhe einer von einer schöpferischen Idee getragenen Massenbewegung; in der Erkenntnis dieser Aufgaben betreibt die Arbeitersportbewegung den Arbeitersport als Massensport.

Diese Aufgaben sind aber von der sozialistischen Arbeiterschaft noch nicht voll erkannt worden. Immer noch muß die Arbeitersportbewegung innerhalb der Arbeiterschaft selbst um eine größere Beachtung ihrer Aufgaben und Leistungen ringen, wie andererseits zahlreiche Proletarier noch bürgerlichen Sportvereinen angehören. In Unrecht wird die Sportbetätigung auch in der Arbeiterwelt lediglich beurteilt nach den in der bürgerlichen Sportwelt sich häufenden häßlichen Ansartungen. Die Arbeitersportbewegung hat sich aber von Anfang an von derartigen Auswüchsen freigehalten; sie sieht den Sport nicht als Selbstzweck an, sondern trachtet danach, die körperliche Erziehung des Arbeitersportlers für den Kampf um den Sozialismus zu erstreben. Als eine ihrer ersten Aufgaben muß sie versuchen, die körperlichen Schäden des Berufslebens auszugleichen. Das tut sie, indem sie planmäßig jedes Sportum ausmerzt, das auf Reformsucht und Sportfexerei hinauslaufen droht. Arbeitersport bedeutet so behutsames Walten mit der Körperkraft

VERLANGET UEBERALI



des Arbeiters, hygienischer Dienst an der Volksgesundheit.

Der ungeheure Aufschwung, den die Sportbewegung allgemein nach dem Kriege genommen hat, stellt für die Arbeitersportbewegung das Streben nach einer neuen körperlichen Lebensform dar, die von ihr selbst schon seit langem gefordert worden war. Dieser Erscheinung darf die Arbeiterwelt aber nicht passiv gegenüberstehen in der Erwartung, daß sie eines Tages ebenso schnell wieder verschwindet, wie sie aufstauete. Gerade die Revolution von 1918 hat der Entwicklung zu dieser neuen Lebensform die stärksten Antriebe gegeben. Die neue politische Freiheit schuf auch die Grundlagen, Sport und Spiel völlig neue, für die Dauer bestimmte Lebensmöglichkeiten zu geben. Es erwies sich deutlich, daß lebensfreudiger Sport, daß alle vorwärtsdringende Körperkultur nur auf der vollkommenen inneren und äußeren Freiheit der Staatsbürger beruhen kann.

Die bürgerliche Sportwelt versucht neuerdings ebenfalls, wenn auch vergeblich, den von ihr betriebenen Sport von den ihm anhaftenden Schäden zu befreien, ihn zu eredeln. Aber die beobachteten Vorkommnisse bei internationalen Veranstaltungen beweisen immer mehr, daß der bürgerliche Sport bei seiner jetzigen Einstellung sein Ziel nie erreichen kann; er scheidt Stars, Einzelpersonlichkeiten, die Höchstleistungen aufstellen sollen. Der Gedanke der sportlichen Gemeinschaft ist der bürgerlichen Sportwelt vollkommen fremd.

Nur die Arbeitersportbewegung hat deshalb auf Grund ihres ganzen Aufbaus, ihrer lebensgemeinschaftlichen Grundlage, die Kraft, ein wahres Körperideal zu verwirklichen und den Sport zu einer neuen Lebensform zu gestalten. So stellt sich für die Arbeiterwelt der von den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen betriebene Sport als eine Kulturaufgabe ersten Ranges und zugleich als ein Mittel für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse dar.

Fußballvereine des 5. Kreises, Achtung! Sonntag, den 27. Oktober, besteht absolutes Spielverbot. Die Sportgenossen werden aufgefordert, sich in ihren Orten an den Wahlarbeiten der sozialdemokratischen Partei zu beteiligen. — Die Bezirksfußballtage haben in allen Bezirken am 1. Dezember stattzufinden. — Der Kreisfußballtag wurde am 15. Dezember nach Aulitz, „Volkshaus“, festgelegt. Anträge sind bis 8. Dezember an den Kreis einzusenden.

Der Kreisfußballtag.

Herausgeber: Dr. Ludwig Uech. Chefredakteur: Wilhelm Kiehn. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Rosa A.-G. für Zeitung und Buchdruck, Prag für den Druck verantwortlich: Otto H. o. h. Prag. Ein Preisvermerk: Anträge sind von der Zeit. a. Zeitungsverwaltung mit Reich Nr. 127 451/VI/27 am 14. 10. 1920. 500/101.

Vom häuslichen Vorlesen.

Ein Stück Bildungsarbeit in der Familie.

Was in manchen Familien bereits gern und oft geübter Brauch ist, das soll hier für andere angeregt, für alle aber befruchtet werden: das häusliche Vorlesen. Besonders die langen Winterabende lassen es geraten scheinen, dem häuslichen Vorlesen als Bildungsmittel größere Beachtung zu schenken. Wieviel Zeit wird nutzlos vertan, die für die Erziehung besonders der heranwachsenden Generation zweckdienlich verwendet werden könnte. Wenn heut mit viel Berechtigung behauptet wird, daß die Familie als Faktor in der Erziehungsarbeit des Sozialismus vielfach ausscheidet — man beachte nur die leider allzuvielen Familien mit sozialistischen Eltern, deren Kinder ganz unverhohlen nach der bürgerlichen Seite hinüberziehen — dem könnte die Grundlage entzogen werden, wenn das häusliche Vorlesen in der Familie allgemein wieder zu Ehren kommt und wenn es bewußt für die Erziehung zum Sozialismus gestaltet wird.

Man wird die ganze Familie, also einschließlich der Kinder, als Teilnehmer an den Vorlesungen zu betrachten haben. Selbstverständlich wird man auf das Alter der Kinder bei der Auswahl des Vorlesungsstoffes Rücksicht zu nehmen haben. Hier werden sich die pädagogischen Fähigkeiten der Eltern auswirken können. Und es besteht ja die Woche auch aus sieben Tagen, sodas ohne besondere Schwierigkeiten ein oder der andere Abend der jungen Generation gewidmet werden kann. Wenn man es nicht vorzieht, die ersten Abendstunden für die Kinder vorzubehalten und erst

dann, wenn diese zur Ruhe gebracht sind, den Rest des Feierabends zur Selbsterziehung zu verwenden. Was man lesen soll? Selbstredend, was man ohne viel Anstände zur Hand hat und was allgemeines Interesse erregt. Unzählige sind da die Artikel aus unseren Zeitungen, Zeitschriften und Jahrbüchern (Kalendern), die sich zur Vorlesung eignen. Aber schon die Aufzählung der Vorlesestoffe wird nicht ohne Einwendung bleiben, besonders wenn von der Zeitung die Rede ist. Wenn im Hinblick darauf, daß ja in die häuslichen Vorlesungen auch die Kinder eingeschlossen werden sollen, die Nennung der Zeitung in unserem Verzeichnis, das keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden soll, Kopfschütteln bei Manchem erregen wird, so soll dem entgegengehalten werden, daß ja hier vor allem dem persönlichen Taftgefühl des Vorlesenden vertraut werden muß, wenn wir Mißgriffe bei der Auswahl des Vorlesungsstoffes möglichst vermeiden wollen. Dort, wo Kinder einen Teil des Auditoriums bilden, wird man jedenfalls zu verhindern trachten, daß die Politik mehr als gelegentlich den Gegenstand der Vorlesungen bildet. Man wird die eine oder die andere politische Nachricht nicht ganz umgehen können, man wird aber dabei sehr sparsam sein müssen, vor allem aber nur die kurze Nachricht geben und den Kommentar zu dieser lieber der freien Erörterung überlassen, wodurch gerade durch diese gewolltere Form der Erörterung die Möglichkeit geboten sein wird, das zu sagen, was man mit Berücksichtigung der Hörer für zweckdienlich und notwendig hält. Grundsätzlich aber sei bemerkt, bei Teilnahme von Kindern an den Vorlesungen wird die Zeitung in ihrem tages-

politischen Teil nur nach strenger Sichtung zu verwenden sein. Die Politik soll möglichst nur in ihren grundsätzlichen Fragen in den häuslichen Vorlesungen erörtert werden und diese sollen erzieherisch zum Sozialismus, nicht so sehr durch die Erläuterung des Parteiprogramms wirken, als durch die weltanschaulich spezifisch-proletarische Betrachtung aller Fragen des öffentlichen Lebens.

Mehr wird unsere Zeitschriftenliteratur heranzuziehen sein, die ja auch mit mehr Nutzen für die prinzipielle Klärung der Gegenwartsfragen verwendet werden kann. Dasselbe gilt von unseren Jahrbüchern, die als Vorlesestoffe eine hervorragende Rolle im Hause zu spielen berufen sein werden.

Warum das? Weil durch die Kürze der Artikel durch sie mit ein zweites Erfordernis unserer Vorlesungen erfüllt wird, nämlich nie in Fortsetzungen vorzulesen. Was gegen die Zeitungsbromancie eingewendet werden kann (umso weniger, je öfter die Zeitung erscheint), daß der Stimmungsgelbst der Dichtungen, eben weil sie in Fortsetzungen erscheinen, niemals recht auf den Leser übergehen kann, das trifft auch auf die Vorlesung von Dichtungen zu: das bruchstückweise Vorlesen läßt eigentlich nur die Handlung (den Effekt) zur Geltung kommen, während die psychologische Motivierung und Veriefung überhört werden muß.

Damit sind wir schon mitten im „Wie“ des Vorlesens darin. Also niemals in Fortsetzungen vorlesen. Und dann: nie über eine unverständliche geliebene Stelle hinweglesen. Es ist nicht notwendig, daß der Vorleser

und der Erklärer die gleiche Person sein muß. Der Vorleser erfüllt eigentlich nur eine recht mechanische Notwendigkeit, während dem Erklärer die Hauptfunktion bei der Vorlesung zukommt. Er wird die Auswahl des Vorlesungsstoffes vornehmen, wird ihn schon vorher auf das Vorhandensein von Fremdwörtern oder der Erklärung bedürftiger dunkler Stellen hin durchlesen müssen, wird sich also einigermaßen vorbereiten müssen. Wie wird er ohne Fremdwörterbuch bei der Vorlesung erscheinen können. (Als brauchbare Verdeutschungswörterbücher kommen in Betracht: Braun, Zeitungsfremdwörter und politische Schlagwörter, Liebnicht: Volkswörterbuch (beide im Parteiverlage erschienen) und Köhler „Fremdwörterbuch“ (bei Reclam in Leipzig erschienen).)

Notwendig ist nach dem vorher Gesagten wohl auch, daß der Erklärende über ein gewisses Maß allgemeiner Kenntnisse und auch in politischen Fragen über eine gewisse Orientierung verfügt. Das wird in jeder Familie die Selbsterziehung des Vaters oder sonst einer geeigneten Person notwendig machen und wird bei verständiger und zielbewusster Durchführung der Vorlesungen bald jede Familie zum Mittelpunkt einer sozialistischen Heim- und Bildungszelle werden lassen.

Es wird dann nicht mehr möglich sein, daß dann, wenn die Eltern durch den Einfluß der Umwelt und durch Selbsterziehung Sozialisten geworden sind, die Kinder eigene Wege gehen, die hinführen von den Zielen des Befreiungskampfes des Proletariats.

Hans Honheiser.